

Quart

Zeitschrift des Forums
Kunst-Wissenschaft-Medien
Nr. 3/2008

Gaudeamus igitur? Die Lage der Universitäten

- *Edmund Arens*
- *Rainer Bucher*
- *Simon Ebner*
- *Hubert Feichtlbauer*
- *Henning Klingen*
- *Maximilian Liebmann*
- *Philipp Ploner*
- *Anneliese Rohrer*
- *Heinrich Schmidinger*
- *Paul Schulmeister*



■ Inhalt

	<i>Europa</i>		
Paul Schulmeister	Aus der Geschichte Lernen Europa nach der „Wende“ (Teil I)		4
	<i>Kommentar des Quartals</i>		
Anneliese Rohrer	Das Hochmut-Syndrom		8
	<i>Thema des Quartals</i>		
Heinrich Schmidinger	Universitäre Paradoxien Muss die Reform reformiert werden? (Interview)		10
	<i>Thema des Quartals</i>		
Philipp Ploner	„Ich plädiere für mehr Gelassenheit!“ Ein Interview mit dem Wissenschaftsminister Johannes Hahn		13
	<i>Nachruf</i>		
Peter Pawlowsky	Eine Pionierin ist gegangen Ein Nachruf auf Agnes Niegler		15
	<i>Thema des Quartals</i>		
Simon Ebner	Es herrscht Ruhe an den Unis		16
Matthias Opis	Verlust der Mitte Die Universität verabschiedet sich in die Wissensgesellschaft		18
	<i>KAVÖ</i>		
Lisa Simmel	Erinnerungen an die KAVÖ-Sommertagung		22
	<i>Theologie</i>		
Edmund Arens	Erinnerung Angelpunkt der Neuen Politischen Theologie		24
Rainer Bucher/ Maximilian Liebmann	Vom Führerprinzip zur Partizipation Ein Ausweg aus der kirchlichen Lähmung?		28
	<i>Köpfe des Quartals</i>		
Peter Paul Kaspar	Christsein heute Zum 80. Geburtstag von Prof. Hans Küng		31
Peter Pawlowsky	Subversion der Liebe P. Josef García-Cascales zum 80. Geburtstag		33
	<i>Kirche</i>		
	In Sichtweite Gottes Katholische Aktion vom Papst zum Buch		34
	<i>Event des Quartals</i>		
Peter Pawlowsky	Event-Flaute		35
	<i>Köpfe des Quartals</i>		
Henning Klingens	Theologie als Theodizee Johann Baptist Metz zum 80. Geburtstag		36
	<i>Kirche</i>		
	Von Gott gewollt? Zölibat ohne Zukunft		37
Hubert Feichtlbauer	Der lange Weg zur Ehrlichkeit		38
	<i>Nachruf</i>		
Cornelius Hell	Der Dengler der österreichischen Literatur Ein Nachruf auf Wendelin Schmidt-Dengler		42
	<i>Quartessenz</i>		
Peter Paul Kaspar	Messiaen als Klangredner		44

Quart (vormals actio catholica), Heft 3/2008

Zeitschrift des FORUMS KUNST-WISSENSCHAFT-MEDIEN der Katholischen Aktion Österreich, Währinger Straße 2–4, A-1090 Wien, Tel: +43/1/317 61 65-21 oder -22, Fax +43/1/317 65-17; E-Mail: office@quart-online.at, Homepage: www.quart-online.at; Bankverbindung: Konto 09503400500 bei BA-CA (BLZ 12000); IBAN AT07 1100 0095 0340 0500, BIC BKAUATWW

Grundlegende Richtung: Die Zeitschrift macht die Relevanz der Religion für Grundfragen der Wissenschaft, der Gesellschaft und der Kultur sichtbar. Sie nimmt wissenschaftlich fundiert zu aktuellen gesellschaftlichen, religiösen und kirchlichen Fragen Stellung und lässt dabei eine große Bandbreite an Meinungen zu Wort kommen; innerhalb dieses Spektrums kommt die Position des Forums Kunst-Wissenschaft-Medien zum Ausdruck. Der Inhalt der Beiträge liegt in der Verantwortung der einzelnen AutorInnen und muss nicht mit der Meinung der Redaktion oder der Herausgeber übereinstimmen. **Herausgeber:** FORUM KUNST-WISSENSCHAFT-MEDIEN der Katholischen Aktion Österreich. **Medieninhaber:** Forum katholischer Akademikerinnen und Akademiker Österreichs, Währingerstraße 2–4, 1090 Wien. Zweck des Vereins ist die Förderung der Ziele des Akademikerverbandes Österreichs und der einzelnen Diözesanverbände, insbesondere auf dem Gebiet der Öffentlichkeitsarbeit sowie des Pressewesens, auf gemeinnütziger Basis. **Obmann:** Dr. Peter Pawlowsky **Offenlegung:** Der Medieninhaber ist zu 100% Eigentümer, Leitungsorgan ist die Redaktion **Redaktion:** Hartwig Bischof, Julia Danielczyk, Martin Gross, Cornelius Hell, Peter Paul Kaspar, Matthias Opis, Peter Pawlowsky **Lektorat:** Erika Rüdiger **Gemeinsame Adresse:** siehe oben **Fertigung & Layout:** Schreibbüro Maria Scherrer, Habergasse 80, A-1160 Wien **Hersteller:** LVDV Landesverlag-Denkmayr, Hafnerstraße 1–3, A-4010 Linz **Abonnementbetreuung:** Katholische Aktion Österreich, Spiegelgasse 3/2, 1010 Wien, Tel: +43/1/51 552-3660, e-mail: office@kaoe.at **Erscheinungsweise:** 4 × jährlich **Preise, Abonnements:** Jahresabonnement: Euro 20,- (Ausland Euro 25,-) für KAV- und KHJ-Mitglieder: Euro 15,- (Ausland Euro 20,-), Einzelhefte: Euro 6,-



Was Sie erwartet...

■ MARTIN GROSS

Dieses Heft erreicht Sie später als es dem etablierten Rhythmus der vier jährlichen *Quart*-Hefte entspricht. Der Grund dafür ist die Nationalratswahl, deren Ausgang wir abwarten und hernach kommentieren wollten. Anneliese Rohrer hat es getan und argumentiert mit einem in der christlichen Morallehre sehr heimischem Begriff: der Demut, oder vielmehr, wenn von österreichischer Politik die Rede ist, mit deren weitgehender Abwesenheit.

Für den schon lange geplanten Schwerpunkt dieser Nummer, die Lage der Universitäten, waren der Wahlkampf und die Stimmabgabe der Österreicher von großer Bedeutung, ein Grund mehr, das Erscheinen dieser *Quart* nach hinten zu verlegen. Teil dieses Themenblocks ist ein Interview mit Wissenschaftsminister Johannes Hahn, das uns dieser noch vor der Abschaffung der Studiengebühren gab. Wir sind der Überzeugung, dass es dennoch nicht Makulatur ist, denn seine Argumente kommen in Bälde wieder aufs Tapet, wenn nämlich in Koalitionsverhandlungen welcher Konstellation auch immer die Frage gelöst werden muss, wie man nicht nur irgendeine, sondern eine volkswirtschaftlich und gesellschaftspolitisch so dringend benötigte universitäre Lehre und Forschung auf höchstem Niveau finanzieren kann.

Eine weitere Besonderheit dieses prallvollen Heftes ist, dass nicht nur eine Persönlichkeit als „Kopf des Quartals“ ins Rampenlicht gestellt wird, sondern gleich drei. Drei profilierte Männer der Theologie und Kirche: Josef García-Cascales, Hans Küng und Johann Baptist Metz (zu einem zentralen theologischen Gedanken des Letz-

teren auch ein Beitrag seines Schülers Edmund Arens). Zudem gedenken wir Agnes Niegls, die wesentlich an der Gründung des KAV mitgewirkt hat, und Wendelin Schmidt-Denglers, dessen plötzlicher Tod Cornelius Hell zu einem sehr persönlichen Nachruf bewegt hat.

Einen zweiten Schwerpunkt dieses Heftes bildet die Auseinandersetzung mit immer dringenderen Fragen innerhalb der römisch-katholischen Kirche. Maximilian Liebmann und Rainer Bucher bezweifeln, ob die derzeit steil hierarchisch und klerikal verfasste römisch katholische Kirche, den Anforderungen der Zeit und letztlich auch der frohen Botschaft entspricht, und Hubert Feichtlbauer liefert einen Beitrag zur Debatte um den Pflichtzölibat, indem er unter anderem dessen Zustandekommen im Lauf der Jahrhunderte nachzeichnet. Auf eindrucksvolle Weise wird so transparent, dass die quasi-dogmatische Einzementierung dieser Anforderung so unwandelbar nicht sein müsste.

Weiters denkt Paul Schulmeister über die – zum Teil Besorgnis erregende – Entwicklung des kollektiven Gedächtnisses der Europäer und besonders der Österreicher nach. Wie kann man aber aus der Geschichte lernen, wenn die Erinnerung an die horriblen Fehlentwicklungen des vergangenen Jahrhunderts immer stärker verblasst und einer diffusen Distanziertheit Platz macht?

Abschließend noch mein wie immer herzlicher Wunsch, die Lektüre dieses Heftes möge Sie anregen, und die Anmerkung, dass sein späteres Erscheinen die Wartezeit bis zum letzten Heft dieses Jahres deutlich verkürzt!



Martin Gross, Studium der Geschichte, Politologie, Völkerkunde, Philosophie und Theologie in Wien. Abschluss in der Katholischen Medienakademie. Gesangsstudium und Kompositionsunterricht. Seit 1992 Redakteur im ORF-Hörfunk.

P.S.: Diesem Heft liegt ein Zahlschein bei, mit dem Sie ihr Abonnement der *Quart* bezahlen können. Dadurch erst wird die Aufrechterhaltung der Produktion möglich. Die Autoren arbeiten ehrenamtlich, alles andere wird zum Selbstkostenpreis abgewickelt. Alle für die Überweisung nötigen Daten entnehmen Sie bitte dem Impressum. Herzlichen Dank für Ihre Unterstützung!

Aus der Geschichte Lernen

Europa nach der „Wende“ (Teil I)

■ PAUL SCHULMEISTER



Dr. Paul Schulmeister, Publizist, 1972 bis 2004 beim ORF, langjähriger Deutschland-Korrespondent; ehemals Präsident der Katholischen Aktion Österreichs, derzeit Präsident des Katholischen Akademikerverbandes Österreichs.

Bei einer Veranstaltung zum Gedenken an den 4. März 1933, als es in Wien zur sogenannten „Selbstausschaltung“ des Parlaments gekommen war, hat der Historiker Oliver Rathkolb vor wenigen Monaten zornig gesagt:

„Vierzig bis 48 Prozent der Österreicher können heute die Verantwortung für die Dollfuß-Diktatur nicht mehr zuordnen. Viele Menschen glauben tatsächlich, dass 1938 von den Nazis die Demokratie im Lande zerstört wurde. Zwanzig Prozent der Befragten können sich heute schon wieder einen ‚starken Mann‘ vorstellen. Meine Damen und Herren, das ist erschütternd.“

„Historia magistra vitae“, sagt Cicero. Hat er Recht? Kann man aus der Geschichte lernen? Pessimisten antworten mit Nein. Skeptiker halten es mit Ingeborg Bachmanns Diktum, wonach die Geschichte zwar eine Lehrmeisterin sei, aber nur wenige Schüler finde. Beides, so scheint es, wird von der Lebensrealität x-mal bestätigt.

Lernen aus der Geschichte ist möglich

Doch es gibt auch Beweise des jeweiligen Gegenteils. Der europäische Einigungsprozess nach 1945 ist ein Erfolgsbeispiel für „institutionelles“ Lernen aus der Geschichte. Auch den Prozess der Wahrheitsentfaltung im Christentum könnte man ein Stück weit so interpretieren (man denke an die späte Anerkennung von Gewissensfreiheit und Menschenrechten).

Noch vor dem Ende des Zweiten Weltkriegs machten sich Männer wie Jean Monnet Gedanken darüber, wie eine europäische Friedensordnung beschaffen sein müsse, die nicht wieder (wie nach dem Ersten Weltkrieg) den Keim für künftige

Kriege enthielte. So entstand die Idee der gegenseitigen Kontrolle der kriegswichtigen Grundindustrien von Kohle und Stahl (die Montanunion), damit der Gedanke geteilter Souveränität, damit schließlich die Kernidee der schrittweisen europäischen Integration: also Gleichberechtigung der Nationen, ob groß oder klein, partiell zusammengeführt in einem supranationalen Organ, Vorrang des Rechtes vor der Macht.

Hier hatten die Verantwortlichen der sechs Gründungsmitglieder der EWG aus der Geschichte gelernt. Sie hatten begriffen, dass die Versailler Verträge den Revanchismus, nicht den Frieden beförderten. Sie hatten verstanden, was Joseph Roth so hellsichtig und eindrucksvoll schilderte: dass der Zusammenbruch der österreichisch-ungarischen Monarchie die bereits ausgekeimten Nationalismen zur vollen Destruktionswirkung brachte. Und sie hatten erkannt, dass anstelle des geistigen Leerraums, in dem ab den 20er Jahren die totalitären Ideologien zu wuchern begannen, Europa ein gemeinsames Grundwertefundament brauchte.

EU-Skepsis und Re-Nationalisierung

Es gibt aber kein „End of history“, wie Francis Fukuyama nach der Wende von 1989/90 irrtümlich gemeint hatte. Man kann das aus der Geschichte Gelernte auch wieder vergessen. Die aktuelle Identitätskrise der Europäischen Union gibt dafür ein Beispiel: die Re-Nationalisierung nimmt zu; immer öfter erkennen die Mitglieder nicht mehr die Vorteile, die sie durch die gemeinsam ausgeübte Souveränität haben; immer seltener sehen die Bürger ein, was sie verlieren würden, wenn die europä-

Der Text beruht auf einem Vortrag, den der Autor am 27. Juli 2008 zur Eröffnung der KAVÖ-Sommertagung in Tainach (Kärnten) gehalten hat.

ische Einigung scheitert. Noch halten die Sicherungen der intensiven Vertrags- und Wirtschaftsverflechtung – aber für immer? Das Leichengift von 1918, der Nationalismus, ist nicht vollends beseitigt. Blicken wir nur nach Serbien oder nach Ungarn und registrieren wir dort manche blindwütige Gefühlsaufwallungen, sei es gegen die Kosovo-Albaner oder den „Westen“, sei es gegen die Linken oder die Juden.

Für den ungarischen Literatur-Nobelpreisträger Imre Kertész war der jugoslawische Völkermord in den 90er Jahren ein Zeichen dafür, dass Europa zu lange gezögert hatte, die drückende Erbschaft anzunehmen, die der sowjetische Koloss ihm hinterlassen hatte. Die EU-Osterweiterung resultierte aus der Erkenntnis, wie verhängnisvoll sich ein weiteres Zögern und eine Abweisung der acht osteuropäischen Staaten für die Europäische Union ausgewirkt hätte.

Wirkliche Analyse dringend notwendig

Willy Brandts Wort zur deutschen Wiedervereinigung „Jetzt wächst zusammen, was zusammengehört“ hält Kertész für eine „vollmundige Phrase“. Heute sei die Stunde der Wahrheit gekommen, das heißt die Stunde wirklicher Analyse statt politischer Gesinnungsmanipulation, meint Kertész: „Europa steht heute in ähnlicher Weise prinzipiellen Fragen gegenüber wie 1919 oder 1938 und ringt ebenso unentschlossen mit ihnen wie damals. Wie ist das möglich?“, fragt Kertész (Berliner Rede vom 1. Juni 2007).

Ja, wie ist das möglich? Wo sich Europa doch seit endlosen Jahren in vielerlei Gedenkakten geradezu überbietet und das „Nie wieder!“ sich wie ein roter Faden durch Bücher, Filme und Dokumentationen zieht! „Geschichte“ ist eben nichts für immer Feststehendes, sondern sie ist – wie uns Philosophen und Historiker sagen – ein Wahrnehmungs- und zum Teil auch ein nachträglicher Konstruktionsprozess.

Das Ranke'sche Historikerideal, zu wissen, „wie es eigentlich gewesen ist“ (1824), ist zwar nicht verschwunden, hat aber

längst einer viel differenzierteren Sicht Platz gemacht, die der Historiker Gerhard Botz die „Relativitätstheorie der Zeitgeschichte“ nennt. Wieder etwas anderes ist es, wenn „Sieger Geschichte schreiben“, wenn sich Interessensgruppen um „Deutungshoheit“ bemühen oder wenn uns auch nur halb bewusste Schuldverstrickungen plagen, wie es Nietzsche in einem Aperçu zuspitzt: „Das habe ich getan, sagt mein Gedächtnis. Das kann ich nicht getan haben, sagt mein Stolz und bleibt unerbittlich. Endlich gibt mein Gedächtnis nach.“ – Kurz und gut: man kann aus Geschichte nicht nur lernen, sondern auch sehr Verschiedenes lernen.

Für uns Europäer war spätestens 1945 das Zeitalter des Eurozentrismus vorbei. Das britische Weltreich zerfiel, Frankreich, Holland, Belgien und andere Staaten verloren ihre Kolonien, Europa wurde von Stalin mittels des Eisernen Vorhangs geteilt. Der Kalte Krieg beherrschte für Jahrzehnte die Weltpolitik. Europa war nicht mehr das Gravitationszentrum des Handelns.

Kurze Hegemonie einer einzigen Supermacht

Nach dem Untergang der Sowjetunion begann 1991 eine kurze Phase, in der die USA als die einzige Supermacht erschienen, mit Flotten auf allen Weltmeeren, mit Stützpunkten in allen Erdteilen, Zentrum der Forschung und der wirtschaftlichen Dynamik. Und doch sieht nicht einmal zwanzig Jahre später die Welt schon wieder ganz anders aus. Sie steht im Banne der aufsteigenden asiatischen Weltmächte.

Die Globalisierung (im weitesten Sinne) verändert auch in Europa unseren Blickwinkel, verändert unsere Perspektive in die Vergangenheit und die Zukunft. Verstärkt wird dieser Wandel durch den Generationenwechsel. Der französische Soziologe Maurice Halbwachs gilt als geistiger Vater des Begriffs vom „kollektiven Gedächtnis“. Dieses beruhe auf mündlich weitergegebenen Erfahrungen und Erinnerungen. Über eine Zeitspanne von drei Generationen könne man es als Quelle bewerten. Das heißt die Zeitzeugenschaft für die Zwischenkriegs- und die Kriegszeit

■ Die Zeitzeugenschaft für die Zwischenkriegs- und die Kriegszeit geht langsam zu Ende, damit wird auch das kollektive Gedächtnis daran versickern.

■ An die Stelle von Memory tritt History.

geht langsam zu Ende, damit wird auch das kollektive Gedächtnis daran versickern.

Nochmals verstärkt wird der Wandel, in dem wir uns befinden, durch die Erfahrung einer enormen wissenschaftlich-technisch induzierten Entwicklungsbeschleunigung auf allen Gebieten. Wissenschaftler sprechen von einem menscheitsgeschichtlich einzigartigen Anpassungszwang – und das in globalem Maßstab!

Die erste von zwei Hauptthesen meiner Überlegungen lautet also: Wir stecken in Europa in einer tiefgreifenden Erinnerungswende – politisch, moralisch und in Bezug auf unser Selbstbildnis. Selbstbehauptung heißt unter diesen Umständen Identitätsfindung. Was gehört zu unserem europäischen Wesenskern, was nicht? In der Auseinandersetzung mit dem Islam führt das zu Phänomenen wie einer manchmal aggressiven „cultural defence“ alteuropäischer Kulturkämpfer.

Aus der Geschichte lernen? Ja bitte. Unser Problem ist: viele haben „das Lernen“ verlernt. Gibt es eine Identitätsklammer Europas? Einst war es das Christentum. Und heute? Manche wollen die Erschütterung durch den Holocaust als identitätsstiftende Grundlage erkennen.

Pluralität des Erinnerns an NS-Zeit

Die Bücherfülle über die Nazizeit zeigt zweierlei: dass Wissenschaftler mit immer neuen Studien versuchen, das Böse zu erfassen (das sich in seinem geheimnisvollen Kern doch eher dem Begreifen entzieht); und dass sich immer stärker eine Pluralität des Erinnerns an die Nazizeit und ihre Folgen einstellt: neben den neuesten Hitler-Büchern stehen Bildbände über die Schrecken des Bombenkriegs oder die Vertreibung der Deutschen aus ihrer einstigen Heimat.

Im Rückblick scheint sich die Täter-Opfer-Unterscheidung abzuschleifen. Das zeigt sich etwa in folgendem Satz, den man heute nicht selten hört: „Sprecht mit der Kriegsgeneration, solange es nicht zu spät ist.“ Soldat oder KZ-Insasse: nach sechzig Jahren nur mehr gleich kleine Figurinen

einer fernen Geschichte? Auch der ungeheure Bestsellererfolg von Jonathan Littells Roman „Die Wohlgesinnten“ – einem eiskalten und amoralischen Text über einen deutschen SS-Offizier – zeigt die im Gang befindliche Verschiebung unserer Erinnerung an den Holocaust.

Mit dem Tod der letzten Zeitzeugen wird der wichtigste Strom authentischer Erfahrungsweitergabe versiegen. Heute überlegt man in Auschwitz, ob und wie man die zerfallenden KZ-Baracken erhalten kann. Oder ob man die sich entfärbenden, verfilzten Haarberge bestatten soll. An die Stelle von Memory tritt History, konstatiert der Historiker Norbert Frei.

Bei Prinz Harry aus dem Königshaus Windsor konnte nicht einmal mehr von „history“ die Rede sein, als er vor drei Jahren eine Party in Uniform mit Hakenkreuz-Armbinde zu erheitern glaubte. „Selig die Vergesslichen, denn sie werden auch mit ihren Dummheiten fertig“, spottete Nietzsche. Doch der Denker des „Übermenschen“ hatte nicht nur für die Kunst des Vergessens plädiert, sondern auch für die Notwendigkeit des Gedächtnisses: „Man brennt etwas ein, damit es im Gedächtnis bleibt. Nur was nicht aufhört wehzutun, bleibt im Gedächtnis.“

Kraftlose Erinnerung

Eben diesen Schmerz wollen heute viele bei der Erinnerung, wenn's geht, vermeiden. Das aber würde die Erinnerung harmlos und kraftlos machen. 54 Prozent der jungen Österreicher unter 24 Jahren interessieren sich nicht oder eher wenig für die Geschichte seit dem Ersten Weltkrieg, 53 Prozent fühlen sich schlecht informiert – eine Fessel-Umfrage hat vor etwa drei Jahren dieses Bild präsentiert.

Wenn wir Österreichs heutige Bereitschaft betrachten, sich zu erinnern, um sich von der Last der einstigen Verdrängung zu befreien, dann sollte man festhalten, wie es 1945 begonnen hatte. Der Zeithistoriker Günter Bischof vertritt die These, dass Staatskanzler Karl Renner schon in der Unabhängigkeitserklärung der neuen Republik Österreich vom 27. April 1945 alle

Elemente der Nachkriegs-Opferideologie konstruiert habe. Bischof spricht scharf von einer „Geschichtsklitterung“ des Opportunisten Renner. (Bischofs Analyse findet sich in dem von Dieter Stiefel herausgegebenen Sammelband „Die politische Ökonomie des Holocaust“, Oldenbourg 2001).

Renner habe sich zwar – meint Günter Bischof – auf die Moskauer Deklaration der Alliierten von 1943 („Österreich als erstes Opfer der Hitler-Aggression“) stützen können, doch er habe diese Deklaration (so wie dies auch die anderen Parteien taten) zum Zwecke instrumentalisiert, die Mitschuld von Österreichern zu externalisieren, d.h. auf Hitler-Deutschland abzuschieben, das wiedererstandene Österreich scharf von Deutschland abzugrenzen (das entsprach den Interessen der Alliierten) und Österreich auf diese Weise möglichst von Reparations- und Wiedergutmachungsleistungen freizuhalten.

Renners Text der Unabhängigkeitserklärung „strotzt“ – in den Worten Bischofs – von Halb- und Unwahrheiten, die damit zum Ausgangspunkt der österreichischen Geschichtslügen geworden seien. Wie wir alle wissen, hatte ab 1986 die Waldheim-Affäre, also die Tatsache, dass der Bundespräsident und ehemalige UNO-Generalsekretär seine Kriegsvergangenheit auf dem Balkan verschwiegen und sich in unglücklichen Formulierungen zur „Pflichterfüllung“ als Wehrmachtssoldat geäußert hatte, eine Diskussionslawine zur österreichischen Vergangenheitsbewältigung nach 1945 ausgelöst. Der Damm aus halber Verdrängung und halber Schönfärberei war gebrochen.

Kampf um das volle Gedächtnis

Auch heute sind noch nicht alle materiellen und historisch-moralischen Probleme gelöst. Noch gibt es Rückzugsgefechte jener Vertreter, die entweder die Opferrolle Österreichs nicht gelöscht wissen wollen oder die gar für einen Schlussstrich plädieren. Doch der Kampf um das volle Gedächtnis ist letztlich entschieden.

Vergangenheit kann man, genau genommen, nicht „bewältigen“; Geschichts-

betrachtung ist immer auch ein interessegeleitetes Bemühen der Gegenwart. Im Übrigen ist der Gerechtigkeit halber anzumerken: natürlich gab es schon nach Kriegsende und in den folgenden Jahrzehnten in Österreich Erinnerungs- und Entschädigungsbemühungen – aber oft halbherzig, selektiv und meist nur als Sache weniger Personen.

Heute steht „Auschwitz“ nicht mehr nur für eine deutsche Schuld (an der viele Österreicher beteiligt waren), sondern für ein Verbrechen, in das viele Europäer als Kollaborateure verwickelt waren. Das nationale Geschichtsbewusstsein – in Österreich, aber seit einigen Jahren auch in Frankreich, Holland und Belgien, in Polen, der Slowakei, Ungarn, Rumänien usw. – kann und will sich gegen dieses Wissen nicht mehr abschirmen.

In Frankreich hatte Präsident Chirac das Tabu der französischen Kollaboration bei der Judenvernichtung gebrochen. In Polen flammen zu diesem Thema immer wieder heftige Debatten auf. Die Schweiz hatte eine Historikerkommission eingesetzt und sich für das Verhalten vieler Banken in der NS-Zeit entschuldigt („dormant accounts“ – „nachrichtenloses Vermögen“). Und auch in Spanien wagt man es immer häufiger, sich öffentlich mit den Verbrechen des Bürgerkriegs, vor allem des Franquismus, aber auch der Linksrepublikaner, zu befassen.

„Auschwitz is Europe's challenge“, hatte Israel Singer einmal gesagt, der ehemalige Generalsekretär des „World Jewish Congress“. Das Gedenken an Auschwitz ist heute eindeutig europäisiert. Genau genommen erleben wir sogar eine Art „Universalisierung“ des Auschwitz-Gedenkens, man denke an die Sondervollversammlung der UNO 2005 zu diesem Thema – erstmals (!) nach 60 Jahren.

Doch wenn es darum geht, was das nicht mehr zwangsgeteilte Europa aus der Geschichte lernen sollte, dann darf man das zweite Kapitel der totalitären Irrwege, den Sowjetkommunismus und seine Verbrechen, nicht ins Vergessen abschieben – dazu und zur Erosion des europäischen Geschichtsbewusstseins Teil II im nächsten Quart-Heft.

■ Heute steht „Auschwitz“ nicht mehr nur für eine deutsche Schuld, sondern für ein Verbrechen, in das viele Europäer verwickelt waren.

Das Hochmut-Syndrom

■ ANNELIESE ROHRER



Anneliese Rohrer, geboren 1944 in Kärnten. Studium der Geschichte an der Universität Wien; von 1971 bis 1974 Lehrtätigkeit an der Universität Auckland. Seit 1974 Journalistin der Tageszeitung „Die Presse“, im Ressort Innenpolitik, das sie bis 2001 auch leitete; 2001 bis 2005 war sie Ressortleiterin Außenpolitik. Seit dem Frühjahr 2005 politische Kommentare im „Kurier“.

Das Ergebnis der Nationalratswahl 2008 hat unzählige Gründe, aber einer davon ist ganz sicher das Hochmut-Syndrom, an dem Vertreter der ÖVP seit 2000, jene der SPÖ und der Grünen seit 2006 leiden. Man muss nicht einmal die „Sprüche Salomons“ im Alten Testament (Hochmut kommt vor den Fall) strapazieren, um die Auswirkungen auf die österreichische Politik zu identifizieren.

Es genügt – ganz profan – das Buch des ehemaligen britischen Außenministers David Owen zur Hand zu nehmen, das 2007 unter dem Titel „The Hubris Syndrom“ erschienen ist. Darin weist er im Zusammenhang mit der Irak-Politik der ideologisch unterschiedlichen Politiker George W. Bush (US-Präsident) und Tony Blair (Britischer Ministerpräsident) akribisch nach, welche Konsequenzen Selbstüberhebung in der Politik haben kann. Und er definiert politische Hybris so: Ruhm und Begeisterung nach einem (Wahl)Erfolg verleiten Politiker zu völliger Selbstüberschätzung, die zu einer Fehlinterpretation der Realität und schließlich zu Fehlern im Handeln führt, die den ursprünglichen Erfolg zunichte machen.

Österreich kann sich glücklich schätzen, dass solche Verhaltensstörungen auch bei Spitzenpolitikern lediglich zu verworrenen politischen Verhältnissen, langen Regierungsbildungen, vielleicht zu Instabilität auf einige Zeit, aber nicht zum Verlust von Menschenleben führen.

Wie also lässt sich dieses Hochmut-Syndrom in der kleinen österreichischen Welt nachweisen und zur Nationalratswahl 2008 in Bezug setzen? Es entbehrt nicht einer gewissen Ironie, dass ausgerechnet Vertreter der christlichen Volkspartei zu jenem Hochmut neig(t)en, der unter der lateinischen Bezeichnung „superbia“ zu den sieben Hauptlasten (Todsünden) der Bibel zählt.

Das Scheitern der letzten Großen Koali-

tion dieser Zweiten Republik – eine weitere werden die Wahlergebnisse zahlenmäßig lange nicht mehr hergeben – ist selbst bei noch so distanzierte Betrachtung zu einem Gutteil auf den Unwillen der ÖVP, das Wahlergebnis 2006 zur Kenntnis zu nehmen, zurück zu führen. Nicht ausschließlich, aber doch.

Die Auswirkungen des Hochmut-Syndroms zeigten sich bereits im Herbst 2006, als die ÖVP für einige Wochen die Verhandlungen mit der SPÖ überhaupt verweigerte. Im Frühjahr 2008 war es dann für eine breite Öffentlichkeit unübersehbar. Die Wahl eines roten Bundeskanzlers sei „ein Fehler gewesen, der rasch korrigiert“ werden müsse, donnerte Vizekanzler Wilhelm Molterer bei einer Veranstaltung zur niederösterreichischen Landtagswahl. Somit verstellte das Hybris-Syndrom jeden Blick auf die Realität und somit auf die Gründe, die zur Wählerentscheidung im Oktober 2006 geführt haben. Einer davon: Bereits weit verbreitete Realitätsverweigerung der damaligen ÖVP-Spitze.

Der psychologische und politische Vorbehalt des Regierungsteams der ÖVP in der Koalition unter SP-Bundeskanzler Alfred Gusenbauer verurteilte die Regierungsarbeit von Beginn an zum Scheitern. Darauf war dann das Verhalten während der gesamten Dauer des Kabinetts Gusenbauer ausgerichtet und mündete in der totalen Selbstüberschätzung, bei Bruch und rascher Neuwahl den besagten Fehler (der Wähler, nicht des eigenen) korrigieren zu können.

Für Österreich und seine politische Arbeit in den letzten 18 Monaten besonders fatal erwies sich aber dann das Verhalten Alfred Gusenbauers. David Owen schreibt in seinem Buch, dass das Hochmut-Syndrom vor allem bei einem unerwarteten Erfolg auftritt; bei einem Erfolg also, der allen

Widrigkeiten zum Trotz errungen wurde. Stichwort: Umfragen, Bawag-Skandal. Das Gleiche gilt für die ÖVP nach dem Sprung vom dritten Platz in das Bundeskanzleramt.

Bei Gusenbauer führte dies zu einer Vielzahl von politischen und parteiinternen Fehlern, die seither alle unter den Begriffen „Beratungsresistenz, Kommunikationsunfähigkeit, mangelnde soziale Intelligenz und High-Society-Gehabe“ hinlänglich bekannt sind.

Bei den Grünen wiederum ließ sich das Hochmut-Syndrom bereits im Wahlkampf unschwer ausmachen. Alexander van der Bellen glaubte doch tatsächlich, das Streben nach Regierungsbeteiligung genüge. Die Realität des Wahljahres 2008 – Rebellion gegen Rot & Schwarz, Protestalternative zu Blau-Orange – nahmen die Grünen einfach nicht zur Kenntnis. Insofern ist ihr Absturz auf den vierten Oppositionsplatz nicht nur erklärlich, sondern auch berechtigt.

Als Nachbetrachtung der politischen Entwicklung seit 1990 und vielleicht auch als Anregung zu einer Vorschau auf künftiges Verhalten sei noch festgehalten: Die faszinierende Regelmäßigkeit, mit der Jörg Haider* seine Erfolge in den letzten 18 Jahren immer wieder durch Fehlverhalten gefährdet hat, hätten schon lange das Hybris-Syndrom sichtbar machen können. Mitunter waren die erstaunlichen „Fehler in letzter Minute“ (Beschäftigungspolitik der Nazis, Lobrede vor der Waffen-SS, Knittelfeld 2002) als „Angst vor dem eigenen Erfolg“ analysiert worden. Dabei hätte man damals schon nur die Definition eines Syndroms beachten müssen: Mehrere Faktoren zeigen durch ihr gleichzeitiges Auftreten einen bestimmten Zusammenhang oder Zustand auf. So führten Selbstüberschätzung, Anmaßung, Übermut und Distanz zur Realität zu Fehlverhalten.

Sollte sich die österreichische Geschichte der letzten Jahre und Jahrzehnte nicht als Farce wiederholen, ist ein Umstieg von Hochmut auf Demut dringend geboten. Was würde dies konkret bedeuten? Hier einige Beispiele.

Vorrangig muss es zu einer Änderung des politischen Stils kommen, indem alle Beteiligten die Realität zur Kenntnis

nehmen, dass das aggressive gegenseitige Verächtlichmachen und die gegenseitigen Beschimpfungen auf tiefem Niveau mit der Lebenswirklichkeit der österreichischen Wähler nichts zu tun haben, von diesen abgelehnt werden und nicht ein einziges reales Problem lösen. Zudem muss mit der Gepflogenheit gebrochen werden, Ankündigungen schon für politisches Handeln zu halten und zu verkaufen. Von der nächsten und übernächsten Schlagzeile kann kein einziger Wähler – welcher sozialen Schicht immer – eine Verbesserung seiner realen Probleme erwarten.

Dann sollte die Denkweise in bezug auf die Zukunft des Landes geändert werden. Nicht das nächste Doppelbudget ist ausschlaggebend, sondern eine Gewissensforschung: Wie geht dieses Land mit seinen jungen Menschen um, mit seinen Kindern, Schülern, Studenten? Das müsste direkt zu ganz konkreten Änderungen in der Bildungspolitik führen – ohne Kampf der Ideologien: Arbeitslose als Kinderbetreuer umzuschulen, wie dies geschieht, kann in manchen Fällen ein unzumutbarer Fehler sein; Stundenchaos in den Schulen aus Personalmangel und/oder organisatorischen Mängeln ist eine Missachtung der Jungen; verlorene Semester an den Universitäten wegen Indifferenz der Lehrenden und/oder Platzmangel kostet Lebenszeit.

Oder das Thema Zuwanderung und Integration: Problematische Realitäten vor allem in der Bundeshauptstadt Wien einfach zu leugnen, ist fahrlässiges politisches Verhalten. Tausend kleine, wenn auch politisch unspektakuläre, Handlungen sind erforderlich, hier Frustration, Ärger, Verachtung der politischen Eliten abzubauen. Die Frage, wie viel Zuwanderung braucht das Land, ist nicht ideologisch zu beantworten, nur praktisch. Bewährte Modelle anderer Länder werden seit Jahrzehnten diskutiert, entschieden und umgesetzt wurde nichts.

Diese kleine Auswahl kann beliebig erweitert werden.

Österreich ist in seiner Überschaubarkeit leicht zu regieren. Eine Änderung der Denk- und Verhaltensweise in der Politik ist zumutbar – nach dem Weckruf dieser Nationalratswahl.

■ Sollte sich die österreichische Geschichte der letzten Jahre und Jahrzehnte nicht als Farce wiederholen, ist ein Umstieg von Hochmut auf Demut dringend geboten.

* Dieser Kommentar wurde vor dem tragischen Tod Jörg Haider's verfasst.

Universitäre Paradoxien

Muss die Reform reformiert werden?

■ Mit HEINRICH SCHMIDINGER sprach PETER PAWLOWSKY



Heinrich Schmidinger studierte in Rom und Innsbruck Philosophie, war Lektor und stellvertretender Leiter des Tyrolia-Verlages. 1993 Ordinarius für Christliche Philosophie an der Theologischen Fakultät in Salzburg. Seit 2001 Rektor der Universität Salzburg.

Die Universitäten sind in den Wahlkampf geraten. Was die SPÖ trotz Wahlversprechen nicht durchsetzen konnte, gelang ihr vier Tage vor der Wahl gegen die ÖVP: Die Studiengebühren wurden abgeschafft, gleichzeitig die Zugangsbeschränkungen. Die Rektoren warnten vergeblich vor diesem Schritt. Heinrich Schmidinger hatte sich gemeinsam mit seinem Innsbrucker Kollegen noch an die Salzburger und Tiroler Mandatare gewandt, um den Beschluss zu verhindern. Denn gerade die Universitäten in Westösterreich fürchten, nun vollends von deutschen Studenten überrannt zu werden: Kein *numerus clausus*, kein guter Notendurchschnitt im Maturazeugnis und keine Studiengebühren – das ist hoch attraktiv für alle, die in Deutschland nicht studieren dürfen. So sind auch diesmal die Probleme der Universitäten zum großen Teil hausgemacht.

Die Universität war immer eine Art Republik, eine alte Organisation der Selbst- und Mitbestimmung. Wenn man das UOG 2002 kritisch ansieht, so hat es zu einer Entmachtung der Fakultäten, zu einer weitgehenden Einschränkung der Möglichkeiten des Senats geführt und – wenn ich das vor einem amtierendem Rektor sagen darf – zu einer Diktatur des Rektorats. Ist das nicht der Verlust einer alten kulturellen Einrichtung?

Schmidinger: Man muss das sehr differenziert sehen. Das UOG 2002 räumt schon auch Möglichkeiten für mehr Mitbestimmung ein. Das hängt ganz wesentlich davon ab, wie dieses Gesetz intern gehandhabt wird. Wir haben bei uns an der Universität Salzburg darauf geschaut, dass Mitbestimmung, wo überall sie möglich ist, auch bleibt. Aber die österreichische Universitätslandschaft zeigt, dass das sehr unterschiedlich praktiziert wird. In den früheren Universitäten, in den Gremien-Universitäten, hat es unbestritten mehr Mitbestimmung gegeben, wohl aber einem sehr starken Ministerium gegenüber, das etwa letztlich sogar die Personalentscheidungen getroffen hat. Diese Gremien-Universität hat darüber hinaus sehr viel Leerlauf erzeugt, so dass die Universitäten in ihrer Entwicklung gehemmt

waren, nicht zuletzt weil sich die Gremien dauernd im Weg gestanden sind und weil Verantwortung delegiert wurde: Für das, was man empfohlen oder abgestimmt hat, musste man nicht gerade stehen. Jetzt hat das Pendel in die andere Richtung ausgeschlagen. Es sind jetzt sicher autoritärere Strukturen da, das ist unbestritten.

Der Universitätsrat ist ein Gremium, das nur sehr zum Teil von der Universität bestimmt wird, so dass da Politik und Wirtschaft eine entscheidende Rolle spielen. Der Entwurf zur Novellierung des Gesetzes, den Minister Hahn vorgelegt hat, wollte den Universitätsrat noch stärken.

Schmidinger: Ja. Das ist auch der Grund, warum der Entwurf in diesem Punkt von der ganzen Universitätenkonferenz – jetzt heißt sie nicht mehr Rektorenkonferenz – kritisiert wurde. Was uns aber wirklich auf die Barrikaden gebracht hat, ist die bisherige Erfahrung, dass nämlich vor allem seitens der Regierung die Universitätsräte nicht nach wissenschaftlichen oder sonstigen Gesichtspunkten ausgesucht wurden, sondern völlig unverhohlen nach parteipolitischen Kriterien. Wovor wir immer gewarnt haben, dass durch die Uniräte die

konkrete Tagespolitik in die Universitäten hineinkommt, das ist seitens der Regierung realisiert worden. Wo ist da noch die Autonomie der Universität, wo bestimmt sich die Universität wirklich selbst?

Sind die Universitäten wenigstens in der Verfügung über ihr Budget autonom?

Schmidinger: Nicht wirklich. Mit der jährlichen Nachverhandlung der Leistungsvereinbarung mit dem Ministerium, das kann man drehen und wenden wie man will, setzt sich wieder die ministeriale Bürokratie und letztlich der Minister gegen die Entwicklung durch, die durch das UOG eingeleitet worden war. Wer das Geld hat schafft an. Wenn man sich 5 Prozent des Budgets, wie es vorgeschlagen ist, einbehält – das sind hier in Salzburg 6 bis 7 Millionen Euro, und ich sozusagen von Jahr zu Jahr nur hoffen kann oder vielmehr bangen muss, dass ich das auch noch kriege, dann ist das ein immenses wirtschaftliches Problem. Dann sind wir wieder bei den alten Zuständen.

Eine weitere Frage betrifft den Bologna-Prozess. Bedeutet die strenge Bindung, wonach ein Modul für die Studierenden nur eine bestimmte Zahl der ECTS-Punkte haben darf, nicht eine Niveausenkung? Und ist die Absicht der Vergleichbarkeit der Studien in ganz Europa überhaupt auf diese Weise erreichbar?*

Schmidinger: Es gibt Leute, die sich da viel besser auskennen als ich. Wenn man wirklich einen europäischen Hochschulraum haben will, muss man auf irgendein System der Vergleichbarkeit kommen. Ob da das glücklichste Mittel gefunden wurde, kann ich schwer sagen. Das ist jedoch die gute Absicht, denn wir brauchen den europäischen Hochschulraum, sonst können wir weltweit nicht bestehen. Wie immer hat alles seinen Preis: Es besteht auf jeden Fall die Gefahr, dass eine Reduktion nach unten stattfindet. Ob man sich dabei wirklich einen Dienst tut, ob man sich nicht etwas aufbläht, was man auf der anderen Seite wieder überhaupt nicht haben will? Gleichzeitig wird dauernd verlangt, wir müssten in der Qualität, im Niveau steigen, und das ist

sicherlich eine paradoxe Entwicklung, das kann ich nicht bestreiten.

Wenn man die heutigen Studienpläne mit früheren vergleicht, so hat sich eine starke Verschulung durchgesetzt, als wäre die Universität ein fortgesetztes Gymnasium. Wie unterscheidet sich das die Universität noch von den Fachhochschulen?

Schmidinger: Die Verschulung ist ein Problem, vor dem wir ganz grundsätzlich stehen, nicht zuletzt unter dem Druck der Öffentlichkeit. Die Universitäten werden genauso wie die Fachhochschulen immer mehr unter dem ausschließlichen Gesichtspunkt der Ausbildung gesehen. Das ist sozusagen der Leitbegriff. Wir Universitäten tun uns wirklich nicht leicht, dem entgegen zu halten: Die Universitäten sind beides, sowohl eine Ausbildungseinrichtung, universitäre Lehre, als auch eine Forschungseinrichtung, und dass es das eine ohne das andere nicht gibt.

Glauben Sie, dass Wettbewerb und Rankings wirklich ein gutes Mittel sind, um zu erheben, was Exzellenz bedeutet? Die gleiche Skepsis gilt für die um sich greifenden Evaluationen. Wie weit bringt das wirklich voran, wie weit stärkt es nur die Bürokratie?

Schmidinger: Damit man nicht sagt, ich sitze im Glashaus und werfe mit Steinen: Ich bin der Vorsitzende der Österreichischen Qualitätssicherungsagentur und habe daher einen gewissen Überblick. Aber ich pflichte Ihnen bei: Wir evaluieren uns gelegentlich schon zu Tode. Evaluationen sind ja immens aufwendige Prozesse, sie blockieren vor allem die zu evaluierenden Einrichtungen oft über Monate. Und dann kommt hinzu: Was herauskommt kann zwar im guten Fall etwas sehr Konstruktives sein, nur ist dann die Frage, was wir daraus machen können. Meistens stehen in den Evaluierungsberichten riesige Forderungen, die wir nicht im Stande sind zu finanzieren. Von diesen Prozessen bleibt vergleichsweise wenig übrig.

Welchen Aussagewert haben Ihrer Meinung nach die internationalen Rankings der Universitäten, zumal die angelegten Kriterien nicht transparent sind?

■ Die Universitäten werden genauso wie die Fachhochschulen immer mehr unter dem ausschließlichen Gesichtspunkt der Ausbildung gesehen.

* ECTS (European Credit Transfer System) soll die Studienleistung nach Punkten bewerten und die in einzelnen Modulen zusammengefassten Studienabschnitte international vergleichbar machen, damit Austausch und Studienplatzwechsel zwischen den Universitäten innerhalb Europas leichter möglich ist und gefördert wird.

■ Denken lernt man bei wissenschaftlichen Persönlichkeiten, mit denen man in irgendeinen engeren Kontakt kommt.

Schmidinger: Was die Rankings anbelangt, so habe ich in den letzten Jahren einige aus der Nähe kennen gelernt, und es gibt nur ganz wenige, die die Realität widerspiegeln. In das Hochschulranking, das immer in der „ZEIT“, bei uns im „Standard“ publiziert wurde, haben wir wirklich Jahre investiert, um mithalten zu können und uns abgebildet zu sehen. Obwohl das sicher ein gutes Ranking ist, haben wir gemerkt: Es steht am Schluss irgendein Unfug drinnen. Wir machen deshalb nicht mehr mit. Es macht keinen Sinn, mehr Schaden als Nutzen anzurichten. Der Wettbewerb ist schon ein geeignetes Mittel, um das Niveau und die Qualität sichern zu helfen, es bleibt jedoch die Frage, wie man zu geeigneten Messinstrumenten kommt.

Werden hier nicht sehr stark Kriterien aus den Naturwissenschaften angelegt? Da werden zum Beispiel Bücher nicht bewertet, sondern nur, was in anerkannten Zeitschriften publiziert wird. Kommen da nicht die Kultur- und Geisteswissenschaften unter die Räder?

Schmidinger: Eindeutig, ja! Diese Diskussion wird ja sehr heftig geführt, auch in der Akademie der Wissenschaften und im Forschungsförderungsfonds (FWF): Wie können irgendwelche Bemessungskriterien für Kulturwissenschaften und Sozialwissenschaften gefunden werden, von der Rechtswissenschaft und der Theologie ganz zu schweigen? Ich halte es, offen gesagt, für fast aussichtslos. Wir haben auch universitätsintern versucht, so einen Messkanon zu finden und es sogar den Fakultäten selbst überlassen, einen solchen zu finden – im Bewusstsein, dass die Wissensgebiete sehr verschieden sind und verschiedene Kulturen repräsentieren. Das kann man nicht über einen Kamm scheren. Aber selbst die Fakultäten haben es irgendwann aufgegeben. Das geht nicht, da entsteht Unfug, haben sie gesagt, dann lassen wir es lieber.

Ein Kriterium scheint das Auftreiben der Drittmittel zu sein. Da gib es erstens große Unterschiede: Wie kommen Kulturwissenschaften oder Theologie zu Drittmitteln? Und dort, wo Drittmittel aufgetrieben werden, entsteht eine Abhängigkeit von der Wirtschaft.

Schmidinger: Die Naturwissenschaftliche Fakultät macht ein Viertel unserer Salzburger Universität aus, aber 75 Prozent aller Drittmittel kommen von dort. Ich finde daher, dass geisteswissenschaftliche Fächer oder Theologie nicht allein am Drittmittelauflaufkommen gemessen werden dürfen. Die Gefahr, dass über die Drittmittel ganz andere Einflüsse auf die Universität zukommen, ist natürlich gegeben.

Ist es nicht auch eine unzumutbare Belastung, wenn jetzt neben Forschung und Lehre auch Drittmittel akquiriert werden müssen? Ein Chemiker, ein Germanist, eine Soziologin – das müssen ja keine Leute sein, die sich mit Sponsering auskennen. In den USA gibt es dafür eigene Fachleute.

Schmidinger: Wir überlegen, Stellen dafür einzurichten, haben das zum Teil auch schon getan. Wir müssen schon jetzt Mittel zur Verfügung stellen, damit überhaupt ein Antrag auf ein Projekt entsteht. Die Bedingungen werden immer höher geschraubt. Ich finde es zum Beispiel nicht sinnvoll, dass Anträge beim FWF nur noch englisch abgegeben werden dürfen, auch wenn es etwa ein romanistisches oder slawistisches Projekt betrifft. Die Anträge werden immer voluminöser, insbesondere bei der EU, und müssen laufend dokumentiert werden. Da frag ich mich wirklich, ob mit diesem bürokratischen Aufwand die Forschung noch gefördert wird.

So viel Bürokratie muss ja irgendwann einmal implodieren. Aber wo lernt man heute an den Universitäten denken? Wo gibt es den Freiraum, der dazu nötig ist?

Schmidinger: Denken lernt man bei wissenschaftlichen Persönlichkeiten, mit denen man in irgendeinen engeren Kontakt kommt. Das gilt für alle Fächer. Das Denken findet statt, wenn junge Leute mit dem Professor, der Professorin, konkret am Projekt arbeiten und sich austauschen. Im Grunde sind wir wieder beim alten platonischen Symposium: Durch den Dialog kommt etwas in Bewegung, rein von den Strukturen ausgehend kann ich mir das nicht vorstellen.

„Ich plädiere für mehr Gelassenheit!“

Ein Interview mit Wissenschaftsminister Johannes Hahn

■ geführt von PHILIPP PLONER

Herr Bundesminister, auch heuer wird in Österreich die Zahl der Studierenden wieder steigen und mehr Absolventen sind zu erwarten. Ist Österreich auf einem guten Weg?

Ja, Österreich ist auf einem sehr guten Weg. Hatten wir 2001 „nur“ 209.101 Studierende sind es derzeit 264.110 Studierende an den österreichischen Universitäten und Fachhochschulen. Den 28.308 Erstsemestrigen 1997 stehen heute bereits 46.400 Erstsemestrige gegenüber und im letzten Wintersemester konnten sich bereits 28.542 über ihren Abschluss freuen – 1997 waren es 16.259. Diese Zahlen zeigen eindeutig, dass wir auf dem richtigen Weg sind und das trotz oder vielleicht gerade aufgrund der Einhebung von Studienbeiträgen. Studienbeiträge haben eine positive Auswirkung auf das individuelle Studierverhalten.

So ist die Zahl der prüfungsinaktiven Studierenden von über 40 Prozent im Jahr 2001 auf 15 Prozent 2007 gesunken.

Die durchschnittliche Studiendauer hat sich seit Einführung der Studienbeiträge von fast 14 auf knapp zwölf Semester verringert. Außerdem ist seit der Einführung der Studienbeiträge die Anzahl der Erstzugelassenen um rund 38 Prozent und die Zahl der AbsolventInnen um rund 42 Prozent gestiegen. Es erhalten über 50.000 Studierende eine Förderung, wir haben zuletzt das Budget dafür auf € 200 Mio angehoben.

In der OECD Studie, die kürzlich veröffentlicht wurde, schneidet Österreich nicht besonders gut ab. Wir sind eher im europäischen Mittelfeld zu finden. Woraufführen Sie zum Beispiel die niedrige Akademikerquote in Österreich zurück? Vor allem der Anteil an Nichtakademikerkindern an den Universitäten bereitet Vielen Sorgen.

In anderen Ländern gibt es andere Bildungstraditionen – etwa sind Kindergärtnerinnen und Krankenschwestern, aber auch unsere guten Berufsbildenden höheren Schulen akademisiert. Das heißt nicht, dass das Ausbildungsniveau dort besser ist – es läuft eben unter „akademisch“. Das jährliche panische Schielen auf die Akademikerquote bringt nichts. Unsere hohen Abschlussquoten (40 Prozent plus seit 2001 – von 19.000 auf 27.000) werden sich langfristig positiv auf den Bildungsstand der 25- bis 64 Jährigen – also die Erwerbsbevölkerung – auswirken.

Der zum Teil sehr festgefahrene Blick auf internationales Bildungsmonitoring verstellt den Blick auf nationale Stärken und Besonderheiten – ich plädiere für einen gelasseneren Umgang mit internationalen Vergleichen und eine Abkehr davon, das eigene Bildungssystem systematisch schlecht zu reden. Das ist unverantwortlich.

Österreich ist eine der leistungsfähigsten Volkswirtschaften der Welt – das kommt nicht von ungefähr – das hat auch und vor allem mit guter Ausbildung zu tun.



Philipp Ploner ist Generalsekretär der KHJÖ und seit 2007 Bundesgeschäftsführer. Im Moment schreibt er an seiner Diplomarbeit in Politikwissenschaft an der Universität Wien und studiert als Zweit- und Drittfach Philosophie und Theologie.



Bundesminister Dr. Johannes Hahn

* Dieses Interview wurde vor der Aufhebung der Studiengebühren durch den Nationalrat geführt.

■ Was hilft es einem Absolventen einer akademischen Einrichtung, wenn er am Arbeitsmarkt nicht Fuß fassen kann, weil sein Abschluss nichts wert ist?

Das insgesamt hohe Niveau der Österreichischen Bevölkerung – 80 Prozent verfügen über einen Sekundarabschluss – bei den 20 bis 30-jährigen sogar 87 Prozent – ist Garant für hohe Beschäftigungsfähigkeit der Menschen, eine der geringsten Jugendarbeitslosenquoten in Europa (das vielgelobte Finnland hat mehr als doppelt so viele Arbeitslose) und Wettbewerbsfähigkeit des österreichischen Wirtschaftsstandortes.

Im Artikel 17 des Staatsgrundgesetzes steht zu lesen „Die Wissenschaft und ihre Lehre sind frei.“ Wie erklären sie jungen Studierenden, die bei einer der beschränkten Studienrichtungen, etwa Psychologie oder Medizin, auf Grund des Platzmangels nicht zugelassen werden?

In erster Linie geht es darum, dass Studierende ein qualitativ gestaltetes Studium bzw. einen Studienplatz erhalten. Studierende haben nichts davon, wenn sie zwar einen Studienplatz bekommen, aber keine ordentliche Ausbildung. Was hilft es einem Studierenden bzw. in weiterer Folge einem Absolventen einer akademischen Einrichtung, wenn er keinen guten Abschluss hat und daher am Arbeitsmarkt nicht Fuß fassen kann, weil sein Abschluss nichts wert ist? Für mich als Wissenschaftsminister steht die qualitativvolle Ausbildung an erster Stelle.

Unterrichtsministerin Claudia Schmied hat diese Woche knappe zwei Milliarden Euro für Neubau und Ausbau der Schulen gefordert. Wann hören wir von Ihnen so eine Forderung für unsere Akademien, Fachhochschulen und Universitäten?

Mit der Umsetzung der Generalsanierungsoffensive zur Stärkung der Universitäten im Gesamtumfang von € 500 Mio. sind wir bereits auf einem sehr guten Weg. In Vorbereitung der nächsten Leistungsvereinbarungsperiode arbeiten wir derzeit gerade mit den Universitäten gemeinsam an einer zusätzlichen Bedarfserhebung zur nächsten Ausbaustufe.

Glauben Sie, dass es wirklich sinnvoll ist, die akademische Ausbildung, die Forschung

und Entwicklung, Schule und Bildung auch auf der Ebene des Ministers zu trennen? Was würden sie von einem großen Zukunftsministerium halten, in dem sich alle Bildungsschwerpunkte wiederfinden?

Wichtig ist, dass die Schnittstellen, die Übergänge von einem System ins andere gut organisiert sind. Da haben wir in den vergangenen Monaten Fortschritte gemacht, da ist aber sicher auch noch viel zu tun. Das muss aber meines Erachtens nicht alles in einem Ressort passieren. Zu den Unis gehört als wesentlicher Eckpfeiler die Forschung, sich hier stärker mit der angewandten Forschung zu vernetzen, die heute auf drei Ministerien verteilt ist, wäre vorrangig.

Ein kluger Mann aus dem Wissenschafts- und Mediensektor hat einmal gesagt „Es ist Unsinn, eine Schul- oder Universitätsreform getrennt voneinander umzusetzen. Schulische und akademische Ausbildung müssen Hand in Hand gehen!“

Bildung und Ausbildung umfassen gemäß dem ganzheitlichen Ansatz des immer mehr an Bedeutung gewinnenden lebensbegleitenden Lernens die pädagogische frühkindliche Erziehung genauso, wie den Schulbereich und Bildungsangebote im tertiären Bereich. Vor diesem Hintergrund sind nachhaltige Weiterentwicklungen von Bildungssystemen jedenfalls in ihrer Gesamtheit zu betrachten und Auswirkungen auf alle Bildungsbereiche vorab gründlich abzuwägen. Besonderes Augenmerk muss – wie schon angesprochen – auf einzelne Schnittstellen und Übergänge zwischen den Schulstufen, Schulformen und Bildungseinrichtungen gelegt werden.

Der Eintritt in eine altersgerechte frühkindliche Pädagogik und der Übergang ins eigentliche Schulleben stellen neben dem Übertritt vom Schul- in den tertiären Ausbildungsbereich die wahrscheinlich tiefgreifendsten Einschnitte dar. Reformen in diesen zentralen Bereichen des Bildungssystems sind daher im Sinne einer konsistenten Nachhaltigkeit für erfolgreiche Bildungsverläufe unserer Kinder und Jugendlichen übergreifend wahrzunehmen.

Eine Pionierin ist gegangen

Ein Nachruf auf Agnes Niegl

■ PETER PAWLOWSKY

Am 2. September 2008 wäre sie 95 geworden: Agnes Niegl hat den runden Geburtstag genau um ein halbes Jahr nicht mehr erlebt, sie ist am 2. März gestorben. Nach Eva Petrik ist damit wieder eine der großen Frauen der österreichischen Kirche der Nachkriegszeit von uns gegangen.

Der Verlust ist ein doppelter. Agnes Niegl zählt zu den Gründergestalten der Katholischen Aktion nach 1945. Sechs Jahre nach Otto Mauer wie dieser in Brunn am Gebirge geboren, war sie nach den Erfahrungen der Ersten Republik und der Nazizeit gemeinsam mit ihm eine der Gründerinnen des Katholischen Akademikerverbandes: Damit sollte eine vom Vereinswesen der Vorkriegszeit unterschiedene Vereinigung katholischer Intellektueller geschaffen werden, die tatsächlich über Jahrzehnte das geistige Klima insbesondere der Kirche in Wien geprägt hat.

Die erste weibliche Sektionschefin

Unter den prominenten Vorsitzenden war in den 80er Jahren auch Agnes Niegl. Im Umkreis dieses Engagements ist der Name Niegl im Studienförderungswerk „Pro Scientia“, im „Otto-Mauer-Fonds“ und im „Forum St. Stephan“ verewigt.

Damals war sie schon maßgebend im Unterrichtsministerium tätig, insgesamt

30 Jahre und zuletzt als erste weibliche Sektionschefin. Das ist der andere Verlust: Niegl, die studierte Kinderpsychologin, hatte selbst an verschiedenen Schulen unterrichtet und wusste aus der Praxis, wie der Schulunterricht und da vor allem die Mädchenbildung zu gestalten ist. Im Ministerium baute sie die Abteilung Kindergärten auf und leitete sie. In dieser Rolle gelang ihr eine Neuordnung des österreichischen



Kindergartenwesens – in einer Zeit, in der die Auseinandersetzungen um die Bildungspolitik noch nicht so festgefahren waren wie heute.

Agnes Niegl war Gründungsmitglied des „Instituts für Jugendkunde“, Präsidentin der österreichischen „Kommission für Bildung und Erziehung“ und Mitarbeiterin bei Konferenzen der UNESCO. In einer Reihe von Büchern hat sie ihre Erfahrungen niedergelegt.

Politischer Katholizismus recht verstanden

Die Verbindung von anerkanntem Engagement in der Kirche und in der politischen Öffentlichkeit war immer ein Ziel der Katholischen Aktion. Agnes Niegl ist eine Zeugin dafür, wie erfolgreich das sein kann: eine Art von politischem Katholizismus, der nichts mit dem zu tun hat, was unter gleichem Namen zur dunklen Vergangenheit der österreichischen Vorkriegskirche gehört.

■ Nach Eva Petrik ist damit wieder eine der großen Frauen der österreichischen Kirche der Nachkriegszeit von uns gegangen.

Es herrscht Ruhe an den Unis

■ SIMON EBNER



Simon Ebner ist Jahrgang 1987 und studiert seit Oktober 2006 Rechtswissenschaften und Philosophie an der Universität Salzburg. Seit April 2008 ist er Vorsitzender der Katholischen Hochschuljugend Österreichs (KHJÖ).

Die Studierenden sind ruhig geworden. Angepasst. Egoistisch. Scheuklappen auf, und schnell durchs Studium. Kein breites Interesse und vor allem kein Engagement, außer es ist zum persönlichen Vorteil.

Dies sind nur einige der Vorwürfe, mit denen sich nicht nur die aktuelle Generation von Studierenden im Speziellen, sondern auch die Jugend im Allgemeinen herumschlagen muss.

Die deutsche Wochenzeitung „Die Zeit“ widmete diesem Thema in ihrer Ausgabe vom 28.8.2008 sogar eine Titelstory in der diese Vorwürfe in geballter Ladung an meine Generation abgelassen wurden. Die dort veröffentlichten Artikel wurden in zahlreichen online Leserbriefen heftig diskutiert. Mir haben diese Artikel und Diskussionen nicht nur interessante neue Zugänge eröffnet, sondern mich auch dazu gebracht, mir wieder einmal intensiv die Frage zu stellen, was die heutige Studierendengeneration oder die heutige Jugend denn so sehr von früheren Generationen unterscheidet.

O Tempora o mores!

Grundsätzlich ist es ja nichts Ungewöhnliches, dass auf die Jugend geschimpft wird. Man denke an den in diesem Zusammenhang immer gerne zitierten Ausspruch des Aristoteles, die Jugend sei unerträglich, unverantwortlich und entsetzlich anzusehen. Offensichtlich ist meine Generation nicht die erste (und sicherlich auch nicht die letzte), die mit Vorwürfen und Schmähungen der Eltern und Großelterngeneration konfrontiert wird. O tempora o mores kann man da nur sagen! Früher war eben alles besser.

Früher. Ein Begriff den ich nur schwer beurteilen kann. Ein Manko der Jugend ist ja, dass man „früher“ eben noch nicht da war. Woher sollte ich also wissen, wie es

früher war? Woher sollte ich wissen, wie das Klima an den Unis war, bevor ich zu studieren begonnen habe? Ich kann also lediglich meine persönlichen, mit Sicherheit subjektiv gefärbten Eindrücke sammeln und sie mit, wohl ebenfalls subjektiv eingefärbten, Eindrücken vergleichen, die ich von ehemaligen Studierenden gehört habe.

Ich möchte diese Gelegenheit nutzen, um darzulegen, was aus meiner Sicht dran ist, am angepassten, unreflektierten und unkritischen Studenten von heute.

Rund um mich die Sintflut

Zunächst soll festgestellt werden: Es gibt solche und solche. Natürlich gibt es Studierende, denen alles, was rund um sie herum passiert, egal zu sein scheint. Schnell durchs Studium, in dieser Hinsicht also durchaus fleißig. Aber kein Engagement darüber hinaus. Man nimmt sich keine Zeit, sich fachlich zu vertiefen, man geht auch nicht in die Breite, etwa um in andere Disziplinen hinein zu schnuppern. Man ist mehr Konsument als Student, lernt genau das, was für eine Prüfung erwartet und vorgegeben wird, und engagiert sich nicht darüber hinaus. Rund um mich die Sintflut.

Ich selbst bin immer wieder erschrocken, wie groß das Desinteresse an gesellschaftlichen und politischen Vorgängen bei Teilen der Studierenden ist. Jedes mal, wenn ich eine Ausgabe der Kronen Zeitung oder gar „Österreich“ im Hörsaal sehe, läuft mir der sprichwörtliche Schauer über den Rücken. Dieses Desinteresse, dieses Konsumentenverhalten wirkt sich natürlich auch auf das Klima an der Universität aus. Empörung gibt es nur, wenn man unmittelbar persönlich davon betroffen ist, etwa wenn man eine ganze Stunde vor Vorlesungsbeginn im Hörsaal sein muss, um überhaupt noch ei-

nen Platz (von einem Sitzplatz will ich noch gar nicht sprechen, aber das ist eine andere Geschichte) zu ergattern. Ansonsten lässt man sich vieles gefallen, oder merkt es nicht einmal, da man es ja nicht anders kennt.

Es gibt also sicherlich Studenten, auf die die eingangs erwähnten Vorwürfe zutreffen, deren Leben auf die Karriere, den persönlichen Vorteil ausgerichtet ist. Die erkannt haben, dass in der globalisierten Welt nur der Stärkere überleben kann. You snooze, you loose.

Ich frage mich aber, woher dieses Weltbild kommt? Wir Jugendlichen sind ja nicht plötzlich aufgewacht und haben beschlossen, ein sozialdarwinistisches Weltbild einzuführen. Wir sind vielmehr damit aufgewachsen, lesen regelmäßig in den Medien von Betriebsschließungen, der Konkurrenz aus dem Osten, Finanz- und Immobilienkrise und und und. Dagegen muss man gewappnet sein, um nicht selbst unterzugehen!

Man versucht, natürlich mit Hilfe der bestmöglichen Ausbildung, in diesem System mit zu schwimmen, um nicht unterzugehen und der Gefahr des sozialen Abstiegs vorzubeugen. War es in Zeiten des wirtschaftlichen Aufschwungs der 60er und 70er Jahre noch leichter, für einen Uni-Absolventen einen gut bezahlten und vor allem sicheren Arbeitsplatz zu bekommen, ist man heute einem extrem starken Wettbewerb ausgesetzt. Man muss jung sein, gleichzeitig aber ausreichende Berufserfahrung mitbringen. Natürlich kann man sagen, wer gut in seinem Fach ist, schafft es überall. Dennoch ist ein enormer Karrieredruck vorhanden. Wer der Konkurrenz immer einen Schritt voraus sein muss, kann sich keinen Idealismus leisten.

Jugend ist pragmatischer

Aber wer hat diese Spielregeln gemacht? Wir Jungen können es ja nicht gewesen sein, wir sind damit aufgewachsen und müssen (?) uns daran halten. Die Generationen, die heute über die charakterlose Jugend herziehen, sind auch die Generationen, die die Spielregeln gemacht haben!

Dennoch sehe ich meine Generation weit nicht so schlecht, wie manch anderer

sie vielleicht sieht. Vielleicht sind wir pragmatischer als Studierendengenerationen vor uns, vielleicht sind wir tatsächlich auch angepasster und finden uns mit gewissen Zuständen einfach ab. Wenn man aber daran denkt, dass sich der Staat in Zukunft so liebgewordene und wichtige Dinge wie unser Sozialsystem nicht mehr in diesem Ausmaß leisten wird können, muss man eben pragmatisch sein und zusehen, dass man zumindest selbst abgesichert ist. Es ist bezeichnend, dass in meinem Bekanntenkreis kaum mehr jemand mit einer staatlichen Pension rechnet, von der man leben kann. Ich übrigens auch nicht.

Man fühlt sich vorrangig getrieben von der Sorge um die Zukunft und um einen sicheren Arbeitsplatz. Ich übrigens auch.

Doch trotz allem steckt nach wie vor ein enormes Potenzial und erstaunliches Engagement in sehr vielen Studierenden. Ob das ehrenamtliche Tätigkeiten im Rahmen der Studienvertretung sind, Engagement im sozialen Bereich, kulturelle Aktivitäten, bei partei- oder gesellschaftspolitischen Jugendorganisationen oder, ganz konkret, die Arbeit im Rahmen der Katholischen Hochschuljugend.

Das einzige, das man wirklich in großem Maße findet, ist die Einstellung, dass man die Welt ohnehin nicht ändern kann. Deshalb versucht man, zumindest die eigene Welt im Kleinen in Ordnung zu halten. Aber auch der Ausbruch aus dieser eigenen kleinen Welt wird mit Sicherheit erfolgen, spätestens dann, wenn erkannt wurde, dass sich das eigene Glück und Wohl auf lange Zeit nicht ohne den Nächsten, nicht ohne das Gemeinwohl, verwirklichen lässt. Ohne Solidarität und Nächstenliebe kann es auf lange Sicht nicht gehen!

Betrachtet man übrigens die heute entscheidenden Personen, so stellt man sich die Frage, wo die Aufsässigkeit und der Idealismus dieser früheren Generationen, die sich ja so gern dieser Qualitäten in ihrer Jugend rühmen, denn geblieben sind. Denn von den handelnden Politikern ist kaum einer jünger als 30. Geht man also nur nach dem Alter der agierenden Persönlichkeiten, dann müsste doch ohnehin alles in Ordnung sein. Oder?

■ **Wir Jugendlichen sind ja nicht plötzlich aufgewacht und haben beschlossen, ein sozialdarwinistisches Weltbild einzuführen.**

Verlust der Mitte

Die Universität verabschiedet sich in die Wissensgesellschaft

■ MATTHIAS OPIS



Matthias Opis, Studium der Geschichte, Kunstgeschichte und Germanistik in Frankfurt/M., Wien und München. Wissenschaftlicher Mitarbeiter der Styria Medien AG, Graz.

Der Zug ist abgefahren, Zukunft passiert. Da ich keiner Universität angehöre, fehlen mir die unmittelbare Betroffenheit, Beteiligung und damit eigentlich auch die Berechtigung, um hier das Füllhorn der kritischen Einwände über all jenen auszuschütten, die inzwischen die Reise nach Bologna angetreten haben – sei es wider Willen oder aus innerer Überzeugung. Gleichwohl fühle ich mich als interessierter Zeitgenosse wie als wissenschaftlich Arbeitender zur Parteilichkeit verpflichtet. So kann ich etwa die zornige Trauer verstehen, die einen noblen Freigeist wie Gustav Seibt befiel, als er sich gezwungen sah, mit dem Abgesang auf das Humboldt'sche Universitätsideal auch gleich den Nachruf auf eine Lebensform zu schreiben, die der europäischen Moderne ein markantes Profil gegeben hat.¹

Was kann da noch passieren?

Die lückenlose Verschulung der Studien, die Aufhebung der Einheit von Lehre und Forschung, das Diktat der internationalen Uniformierung – dies alles sind Teile eines zivilisatorischen Umbruches, dessen geistige und soziologische Konsequenzen noch gar nicht abschbar sind. Allein das atemberaubende Tempo dieses ökonomisch getriebenen und zu einem Selbstläufer gewordenen „Change-Prozesses“ führt zu irreversiblen Schäden. Denn die vermeintlich vordringlichen bürokratischen Anforderungen haben für eine kollektive Besinnung auf die Frage, was man vielleicht noch an Tafelsilber aus dem jeweiligen universitären Fundus auf die italienische Reise hätte mitnehmen können, keine Zeit gelassen. Man bevorzugte das leichte Gepäck und orientierte sich bereits im Aufbruch

an der neuen Schlüssel-Formel: was nicht budgetiert ist, findet nicht statt.

Ein geistiger Konzentrations- und Orientierungsort zwischen der Schule und dem Eintritt ins Leben, so wie Wilhelm von Humboldt es vor 200 Jahren vorgedacht hatte, wird die neu erfundene Universität also vermutlich nicht mehr sein. Schon eher ein Durchzugsposten, schall- und blickdicht, die volle Konzentration auf vorgegebene Ziele fördernd, den kürzestmöglichen Ausbildungsweg versprechend, die beste Kosten-Nutzen-Relation garantierend. Als Zuckerl, für alle Studierenden, die brav dabei mitmachen, gibt es die Option eines Hochschulwechsels im europäischen Binnenraum ohne Reibungs-, das heißt Zeitverlust. Die B.A.s, die herauskommen werden, sollen nicht nur an-, sondern auch berechenbar sein.

Geschichte sind also die Mühen zu ebener Erde und im ersten Stock der alten Massenuniversität, die Generationen von Studierenden abverlangt und zugemutet wurden: sich durch das Dickicht von Halbinformationen zu schlagen und davon nicht abschrecken zu lassen; trotz allem aufmerksam zu bleiben, um Funde und Aha-Erlebnisse zu ermöglichen; Frustrationstoleranz als Überlebensstrategie zu kultivieren; im Prozess des Studierens den eigenen Neigungen und Möglichkeiten auf die Spur zu kommen; irgendwann doch zu den richtigen Veranstaltungen oder Vortragenden zu finden – und auch zu sich selbst; Enttäuschungen zu erleben, mit sich wie mit anderen; wissenschaftliches Arbeiten – vor allem: mit Niveau lesen und schreiben – zu trainieren und Feedback dazu einzufordern; Krisen zu bewältigen; sich aus freiem Willen in Gruppen zusammen zu schließen und Beziehungen über Inhalte zu knüpfen; Argumentation und Widerspruch zu üben;

¹ *Gustav Seibt: Ende einer Lebensform. Von Humboldt zu Bologna: Der atemberaubende Untergang der deutschen Universität, in: Süddeutsche Zeitung, 21.06.2007.*

Emanzipation in verschiedensten Konstellationen zu erleben; die eigene Existenz, samt allen Ansprüchen und Bedürfnissen, zu organisieren; gegebenenfalls Irrtümer einzugestehen und einen Neustart zu wagen oder sich – sei es verschämt, sei es mit Anstand – auch ohne Abschluss aus der Hohen Schule zu verabschieden, ohne zu erwarten, dass jemand, zumindest aus dem Lehrapparat, davon Notiz nimmt; jedwede Erfahrung zu integrieren versuchen und damit auch persönlich weiter zu kommen. Kurz zusammengefasst: in der hässlichen alten Uniwelt gab es neben dem Wissensdurst auch einen gehörigen Erfahrungshunger. Die Alma Mater war Lernort *und* Sozialisationsinstanz, Bibliothek *und* Mensa.

Solche unübersichtlichen Verhältnisse und unklaren Karrieremuster bleiben den jungen Erwachsenen, die sich für ein Studium entscheiden, künftig erspart. Das Eintrittsbillet in den universitären Lebensabschnitt lösen sie mit der kleinen Raffinesse, dass sie mit 18 oder 19 Jahren genau darüber Bescheid wissen, wohin sie wollen. Ebenso rigide wie kompatible Studienordnungen werden sie dann vor unnützen Ablenkungen und Infekten durch abweichende Interessen schützen und sie bei der Konzentration auf das Wesentliche pushen. Ungebührliches Verhalten der Universitätskunden wie Zaudern und Zweifeln beim Konsum von Modulen ist nicht vorgesehen, wie immer geartete Lücken oder Nischen im System werden durch effizientes Qualitätsmanagement aufgedeckt und getilgt. Was kann da noch passieren? Das Wissen gelangt zielgenau von A nach B, und auf den Arbeitsmarkt wird geistig nicht kontaminiertes Humankapital nachfließen, frei nach dem Motto: „What you see is what you get“. Dass dieses jungakademische Personal dann äußerst selbständig, flexibel und kreativ in den Beruf einsteigt, ist kaum zu glauben, aber angeblich wahr.

Mangelnde Einsichten, glänzende Aussichten

Vor dem Hintergrund dieses viel versprechenden Szenarios gewinnt das klassische, akademische Ritual der „Abschiedsvor-

lesung“ eine neue, ironische Relevanz. Vor wenigen Monaten hat der Münchner Sozialpsychologe Heiner Keupp dieses ansonsten über lokale Verhältnisse kaum hinauswirkende Veranstaltungsformat dazu genutzt, die als „Reform maskierte Selbstdemontage“ der Universität anzuprangern. Schnörkellos und ohne Larmoyanz war da vom Ausverkauf der Universitäten an wirtschaftliche Interessen die Rede und von der damit einhergehenden Selbstaufgabe ihres Personals: „Die Qualität eines Wissenschaftlers wird auf der Waage seiner unternehmerischen Potenz abgewogen. Das ‚unternehmerische Selbst‘ (Ulrich Bröckling), der neue kategorische Imperativ des herrschenden marktradikalen Gesellschaftsmodells, ersetzt immer mehr die Figur des kreativen Intellektuellen, der seine gedankliche Unabhängigkeit gerade dadurch erweist, dass er nicht von fremdgesteuerten Geldströmen abhängig ist.“² Der spontane Widerspruch mancher Kritiker dieses Kritikers, hier zeige sich ein letztes Mal der provokative Gestus eines Alt-68ers, der eben politisch und nicht wissenschaftlich denke, verfehlt im Falle Keupps sein Ziel, da dieser auch und gerade in den neumodischen Rankings sehr gut dasteht, weil er nachweislich zum schmalen Segment der Spitzenforscher und „Drittmittelpäpste“ zählt.

Warum die Universitäten auf ihrem neu eingeschlagenen Weg der internen Kritik ihrer Angehörigen – man denke hier vor allem an Konrad Paul Liessmanns weitgehend unerwidert gebliebene „Theorie der Unbildung“ – weniger Glauben schenken als den schulterklopfenden und nicht ganz uneigennütigen Gutachten externer Berater, bleibt wohl ein Betriebsgeheimnis. Dabei gibt es viele gewichtige Stimmen, die sich mit Einsprüchen und Mahnungen zu Wort melden. Etwa Dieter Simon, Rechtshistoriker und langjähriger Präsident der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften. Er hat unlängst in einem Beitrag für die von ihm begründete Zeitschrift „Gegenworte. Hefte für den Disput über Wissen“ die schlechende Ergänzung und Umwertung im Tugendkatalog des Wissenschaftlers unter

■ **Das Wissen gelangt zielgenau von A nach B, und auf den Arbeitsmarkt wird geistig nicht kontaminiertes Humankapital nachfließen.**

² Heiner Keupp: *Universität adé. Abschiedsvorlesung am 15. Juli 2008 an der LMU München*, www.foebe-muenchen.de/dateien/Abschiedsvorlesung.pdf.

■ **Kaum zufällig hat der Leuchtturm den Elfenbeinturm als Leitmetapher für die Universitäten abgelöst**

die Lupe genommen: „Früher, als alles noch besser war, benötigte ein Wissenschaftler drei Eigenschaften. Er musste einfallsreich, fleißig und geduldig sein. [...] Im Zeitalter der wissenschaftlichen Marktwirtschaft, des Konkurrenzideals, der knappen Ressourcen und der Verbetriebswirtschaftlichung aller Ansichten, Einsichten und Gemüter ist dies anders geworden. Der Wissenschaftler bedarf noch einer weiteren, einer vierten Eigenschaft. Er muss sich selbst darstellen können.“³

Mit dem universitären System haben sich auch seine Akteure den Anforderungen des Marktes schnell angepasst, inzwischen ist, so Simon weiter, „die Selbstbeschreibung, Selbstanpreisung und der schließliche Selbstverkauf des Wissenschaftlers zum Routinegeschäft der Gelehrten geworden“. Was früher zweifelsohne ein Manko war, nämlich eine vielfach ungewollte, unbeholfene oder mangelhafte Kommunikation von Forschungsergebnissen, drängt nun als professionelle Öffentlichkeitsarbeit mit Macht ans Licht, selbst dann, wenn es gar nichts zu vermelden gibt.

Kaum zufällig hat der Leuchtturm den Elfenbeinturm als Leitmetapher für die Universitäten abgelöst; früher brannte innen das Licht und es war außen dunkel, nun leuchtet es weit ins Land, dafür bleibt es, auch wenn man vom schönen Schein geblendet nichts sieht, drinnen öfter finster. In den Fluren von Instituten und Forschungsstätten hat die „vierte Tugend“, die der latenten Eitelkeit des wissenschaftlichen Milieus nun ungehemmten Auslauf ermöglicht, die drei anderen Tugenden rechts überholt und unter Kuratel gestellt. Damit droht nicht weniger als das Kippen des ganzen Wissenschaftssystems. Denn wenn die PR zum Taktgeber für den Forschungoutput wird – „Wer sich anpreist, muss etwas vorzuweisen haben“ –, führt das nicht nur zu einer Flut von Hochglanz-Forschungsberichten, die noch zu verkraften wäre, sondern auch zu „Aufschneiderei, Ungeduld, Verschwendung von Zeit und Geld, Plagiat und Sprachvernichtung.“⁴ Deutlicher kann der neuen Seitenblicke-Wissenschaft die Rute wohl kaum ins Fenster gestellt werden.

Bringschuld, Exzentrik

Vollends ungemütlich wird diese außen-gesteuerte Situation, wenn öffentlichkeits-wirksame Auftritte von Wissenschaftlern von ihren „Stakeholdern“ eingefordert und als „Bringschuld“ definiert werden. Wer zahlt, schafft an. Spätestens an diesem Punkt offenbart sich, dass in Wissenschaft und Forschung heute vor allem zählt, was sich praktisch verwerten lässt. Zugleich geraten all jene Zweige und Fächer unter verstärkten Rechtfertigungsdruck, die – vermeintlich – keinen gesellschaftlichen und ökonomischen Nutzen stiften oder diesen zumindest nicht empirisch belegen können. In den Geisteswissenschaften gibt es eine kleiner werdende Zahl ideologischer Fundamentalisten, die diese Frage aus Prinzip nicht, zumindest nicht öffentlich, diskutieren, weil sie sich dieses Spiel und seine Regeln nicht aufzwingen lassen wollen; allerdings können sich nur mehr wenige diese Verweigerungshaltung auch leisten. Daneben existiert eine anwachsende Fraktion von Realos, die sich dem ungleichen Kampf stellen, wohl wissend, dass es nur Pyrrhussiege zeitlich begrenzter Förderungen zu erringen gibt und sie auf Dauer ein verlorenes Rennen bestreiten.

Das vergangene „Jahr der Geisteswissenschaften“, übrigens auch eine groß angelegte PR-Aktion, lieferte einige bemerkenswerte Beiträge dieser Diskussion, die bezeichnenderweise vor allem intern geführt wird und offenbart, wie stark die einst geschlossene Argumentationsfront, wie sie traditionell vor allem den Naturwissenschaften gegenüber bestand, inzwischen aufgeweicht ist. Besonders hingewiesen sei hier auf das Plädoyer von Hans-Ulrich Gumbrecht, amerikanisch-bayerischer Querkopf des intellektuellen Diskurses in Deutschland, doch wieder „Mut zur Exzentrik“ zu zeigen. Für mittelmäßige Bücher in den Geisteswissenschaften gäbe es ebenso wenig eine Entschuldigung (= Rechtfertigung) wie für langweilige Vorlesungen über Shakespeares Dramen; es sei schlicht eine „fixe Idee“, zu glauben, die Geisteswissenschaften könnten einen unmittelbaren gesellschaftlichen Bedarf befriedigen.⁵ Umgekehrt würden die

³ Dieter Simon: *Die vierte Tugend*, in: *Gegenworte* 19 (2008), S. 81–83, Zit. S. 81; vgl. auch www.gegenworte.org.

⁴ Vgl. *Ebenda*, S. 83.

⁵ *Diesen und weitere Beiträge zum „Jahr der Geisteswissenschaften“ findet man unter www.abc-der-menschheit.de.*

„materielle Bewahrung und kulturelle Vermittlung von Texten und Kunstwerken“, die sich die Geisteswissenschaften mit einigem Selbstbewusstsein auf die Fahnen heften könnten, gerade in der Selbstwahrnehmung oft gering geschätzt. Besonders durch das Insistieren auf Komplexität und durch ihre Verweigerung Simplifizierungen gegenüber, die eine Signatur der Wissensgesellschaft darstellen, hätten die Geisteswissenschaften aber die Chance, ihr kritisches Potential dem Bestehenden gegenüber zu erweisen und die Zukunft für Veränderungen offen zu halten.

Eine solche, sicher nicht nur von Gumbrecht erwünschte Haltung, die sich in der Genauigkeit des Fragens und der Sprache erweist, dürfte, wenn überhaupt, nur be-

dingt mit einer Beauftragung durch Dritte funktionieren, ebenso wenig wie ihr ein vorgegebener institutioneller oder struktureller Rahmen hilfreich ist. Im Gegenteil, sie braucht, so weit es irgend geht, innere und äußere Unabhängigkeit, und wo dies nicht möglich ist, zumindest Behutsamkeit. Auch die geisteswissenschaftliche Forschung ist, einem allgemeinen Trend folgend, in den letzten Jahrzehnten sukzessive kleinteiliger und damit in gewisser Weise ängstlicher geworden. Kaum jemand nimmt Risiko. Es gibt unzählige Spezialisten, dafür fehlen weithin die großen Synthesen oder theoretischen Würfe. Um aber exzentrisch sein zu können, was Exzellenz im Übrigen ausdrücklich mit einschließt, braucht es Selbstbewusstsein – und eine Mitte.

■ **Besonders durch das Insistieren auf Komplexität hätten die Geisteswissenschaften die Chance, ihr kritisches Potential dem Bestehenden gegenüber zu erweisen.**

Know-how und Know-why

Vom Nutzen und Nachteil des Wissens für das Leben

Diskussionsveranstaltung mit UProf. Dr. Rainer Bucher (Institut für Pastoraltheologie, Universität Graz), UProf. Dr. Konrad Paul Liessmann (Institut für Philosophie, Universität Wien) und UProf.ⁱⁿ Dr.ⁱⁿ Ursula Schneider (Institut für Internationales Management, Universität Graz);
Moderation: Mag.^a Doris Helmlinger (Die Furche)

Dienstag, 20.1.2009, 19 Uhr

**Universitätszentrum Theologie
Heinrichstraße 78, 8010 Graz**

Eine Veranstaltung des Forums Glaube – Wissenschaft –
Kunst der Katholischen Aktion Steiermark in Kooperation mit dem
Kulturzentrum bei den Minoriten



MINORITENKULTURGRAZ.at

Erinnerungen an die KAVÖ-Sommertagung

■ LISA SIMMEL



Lisa Simmel studierte Geschichte, Europäische Ethnologie und Kunstgeschichte; seit 2007 Generalsekretärin des Katholischen Akademikerverbandes Österreichs.

2008, ein Jahr voller Gedenkfeiern, Vorträgen, Artikel, Bücher und Veranstaltungen, die sich mit den Jahren 1848, 1918, 1938 und 1968 auseinandersetzen. Auch die *Quart* widmete sich in der ersten Ausgabe 2008 den 8er-Jahren als „Wegmarken in Zeiten des Umbruchs“. Sie erinnern sich. Und dann, mitten im Jahr, die Sommertagung des Katholischen Akademikerverbandes Österreichs unter dem Titel: „Hat Erinnerung Zukunft? Geschichte zwischen Erinnerungskultur und Nostalgie“.

Von Übersättigung oder Geschichtsverdrossenheit keine Spur.

Zwischen 27. Juli und 2. August 2008 fanden sich im Bildungshaus Sodalitas in Tainach rund 40 TeilnehmerInnen, darunter auch Gäste aus Bulgarien, Weißrussland, Ungarn, Tschechien und Deutschland, ein. Thematisch lag der Schwerpunkt einerseits auf den Erfahrungen, die die TeilnehmerInnen aus den ehemaligen Ostblockländern während des Kommunismus gemacht hatten, andererseits besonders auf

Das Bildungshaus Tainach



dem Zweiten Weltkrieg, den viele der Anwesenden als Kinder selbst erlebt hatten.

Welche immense Kraft Zeitzeugen für ihre Erinnerung in Gesprächen aufwenden müssen, machte der Psychoanalytiker und Historiker Karl Fallend in seinem Referat deutlich. Trotzdem ist es nicht möglich, der Geschichte zu entfliehen, denn die Wiederkehr des Verdrängten ist gewiss, so Fallend. Unbewusst lebt auch die Sprache des Dritten Reiches im 21. Jahrhundert in Redewendungen („bis zur Vergasung“), Kinderspielen, Reimen und Witzen fort. Die latente Präsenz des Nationalsozialismus wird beinahe täglich in seiner medialen Thematisierung spürbar, doch war dies nicht immer so, wie Heidemarie Uhl, Historikerin an der Akademie der Wissenschaften, herausarbeitete.

„Bildikone“ brennender Stephansdom

Am Beginn der Auseinandersetzung mit der eigenen Vergangenheit dominierte die spezifisch österreichische Variante einer „Opfererzählung“. Doch diese These, von Österreich als dem ersten Opfer des Nationalsozialismus, ließ sich nur schwer illustrieren, zu wirkmächtig waren die Bilder von der jubelnden Menge am Heldenplatz. 1948/49 begann die „Gegenerzählung“ von den Österreichern als „Opfer des Krieges“, deren Bildikone der brennende Stephansdom wurde. Die Präsentation des Staatsvertrags schrieb sich schließlich als „Erfolgsikone“ Österreichs in das Bildgedächtnis ein.

Während in der öffentlichen Geschichtsaufarbeitung in den 1970er Jahren der Widerstand gegen den Nationalsozialismus in den Vordergrund gerückt wurde, war es in den 1980ern die „Schuldfrage“,

deren Ikonen im internationalen Bildgedächtnis die Bilder des Anschlusspogroms darstellten. Mitte der 1980er entstand eine Erinnerungskultur, welche die eigene Schuld thematisierte und ihren Niederschlag in neuen Museen, Denkmälern und Ausstellungen fand.

Ein Beispiel für diese neue Art der Denkmalkultur ist das „Denkmal der Namen“ in Villach, das auf eine Initiative des Vereins „Erinnern“ zurückgeht. Auf durchsichtigen Glastafeln sind Namen, Geburts- und Sterbejahre von derzeit 64 Opfern nationalsozialistischer Gewalt eingraviert. Die nüchterne Präsentation spricht den Betrachter auf einer ganz persönlichen und emotionalen Ebene an, die im Gegensatz zum Pathos früherer Denkmäler steht. Im Rahmen der Exkursion wurde in diesem Sinne die offizielle Kärntner Landesgedächtnisstätte am Kreuzberg in Klagenfurt besichtigt. In die barocken Kreuzwegstationen wurden 1954 vom Kärntner Künstler Karl Bauer neue Mosaike eingefügt, welche durch ergänzende Überschriften mit den Opfern des Krieges in Verbindung gebracht und so zu Denkmälern für den jeweiligen Personenkreis umgedeutet wurden (Kreuzaufnahme – Den Kriegsoffern der Heimat, Veronika mit dem Schweißstuch – Den Pflegeschwestern im Kriege, Kreuzigung – Den Opfern der Kriegsgefangenschaft). Bezeichnenderweise wurden dabei Juden, KZ-Häftlinge, Euthanasieopfer und andere nicht explizit erwähnt (Grablegung – Allen Kriegsoffern der Welt).

Arens: Theologie darf von Auschwitz nicht unberührt bleiben

Die Erinnerungskultur in der „Neuen Politischen Theologie“ versteht den Glauben als „memoria“, als Erinnerung und fordert im Sinne von Johann Baptist Metz „keine Theologie mehr zu treiben, die so angelegt ist, dass sie von Auschwitz unberührt bleibt“.

Im Gegensatz zur Nostalgie meint diese Memoria die „gefährliche Erinnerung, weil wir uns in ihr an unausgestandene Zukunft erinnern“. Es gelte, so der in Luzern lehrende Fundamentaltheologe Edmund Arens, im Anschluss an den von Metz geprägten

Begriff der „Compassion“, den Blick auf das Leiden der anderen zu lenken und uns selbst mit den Augen der anderen zu sehen.*

Und wie steht es um Erinnerungskultur der Enkelgeneration?

Eine Antwort auf diese Frage versuchte Florian Wenninger, Obmann des Vereins Gedenkdienst, zu geben, indem er das steigende Interesse an Gedenkaktivitäten analysierte. Durch vergangenheitspolitische Gesten lasse sich, so Wenninger, in Österreich das eigene Renommee aufpolieren und moralische Selbstaufwertung erreichen. Die Teilhabe an und die Auseinandersetzung mit der Geschichte setzen aber, um nicht trivial zu sein, ein Mindestmaß an Bildung voraus, über das viele Schülerinnen und Schüler, vor allem jene mit Haupt- und Berufsschulabschluss, nicht verfügen. Gleichzeitig ist in der heutigen Schüler- und Studentengeneration eine Übersättigung durch Schule, Filme und Medien festzustellen, die der so dringend notwendigen aktiven „Geschichtsbefassung“ im Wege steht.

Erinnerung hat Zukunft

Zur einer persönlichen konstruktiven Geschichtsbefassung bot die KAVÖ-Sommertagung neben einem inhaltlich dichten Vortragsprogramm viel Raum für Diskussionen, in denen teils sehr persönliche Erinnerungen der TeilnehmerInnen zur Sprache kamen. Aufgelockert wurde das Programm der Tagung mit dem alljährlichen Malworkshop sowie praktischen Workshops zur persönlichen Glaubensbiographie und der individuellen Erinnerungskultur. Denn, so der Konsens in Tainach: Erinnerung hat Zukunft.

Für die finanzielle Unterstützung der Tagung dankt der KAVÖ allen privaten Spendern sowie dem Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung und dem Osthilfefonds der Diözese Linz.

Was hält die KAVÖ-Sommertagung im Jahr 2009 bereit? Der Termin kann schon einmal vorgemerkt werden: 26. Juli bis 1. August 2009.

■ Die latente Präsenz des Nationalsozialismus wird beinahe täglich in seiner medialen Thematisierung spürbar.

* Siehe den Vortrag von Edmund Arens auf S. 24–27..

Erinnerung

Angelpunkt der Neuen Politischen Theologie

■ EDMUND ARENS



Edmund Arens, Studium der katholischen Theologie in Münster (u.a. bei Johann Metz) und der Philosophie in Frankfurt (u.a. bei Jürgen Habermas). Seit 1996 Professor für Fundamentaltheologie an der Universität Luzern. Foto: Hedwig Bledl

Den Vortrag, den Prof. Arens bei der diesjährigen Sommertagung des KAVÖ in Tainach gehalten hat, können wir hier leider nur in Auszügen wiedergeben. Dennoch entwirft der gekürzte Text ein klares Bild der Theologie von Johann B. Metz, dessen 80. Geburtstag wir in diesem Heft würdigen.

Für den jüdischen und christlichen Glauben ist Erinnerung von besonderer Bedeutung. Erinnerung stellt damit eine fundamentale theologische Angelegenheit dar. Eine grundlegende biblische Weisung für das jüdische Volk, seinen Glauben und sein Überleben, lautet: „Zachor: Erwinnere Dich!“ Und im Mittelpunkt der christlichen Eucharistie steht im Hochgebet die Anamnese. Sie spitzt auf den Auftrag zu, den Jesus seinen Jüngerinnen und Jüngern eingeschärft hat: „Tut dies zu meinem Gedächtnis.“ [...]

Gefährliche Erinnerung

Die Neue Politische Theologie ist in der Aufbruchsituation der sechziger Jahre des 20. Jahrhunderts entstanden. Sie heißt „neu“, weil sie sich von der uralten, staatstragenden politischen Theologie absetzt, die schon das alte Rom kannte und die bereits Augustinus aufs Korn genommen hat. Die Neue Politische Theologie ist nicht staatsfromm, sondern gesellschaftskritisch. Sie infiltriert die Theologie mit einem Verheißungs- und Veränderungsdenken. Johann Baptist Metz, gilt als der „Vater“ dieser Theologie. Der Fundamentaltheologe, der von 1993 bis 1998 eine Gastprofessur in Wien innehatte, veröffentlichte 1968 seine viel diskutierte „Theologie der Welt“. Es ist eine Theologie des *aggiornamento* im Umfeld des Zweiten Vatikanischen Konzils. Im kritischen Anschluss an die Aufklärung nimmt sie die Welt als Geschichte wahr, deren Gestaltung der menschlich-gesellschaftlichen Praxis aufgegeben ist. [...]

Die Politische Theologie, wie sie sich

sprachmächtig in der „Theologie der Welt“ zu Wort meldet, ist von einer dreifachen kritischen Absicht geleitet. Ihr geht es zunächst darum, die christliche Rede von Gott aus dem Raum des Privaten herauszuholen. Sie will also mit dem Vorurteil aufräumen, Religion sei Privatsache. Sie zielt sodann darauf, die endzeitliche Botschaft des Christentums unter den gegenwärtigen gesellschaftlichen Bedingungen zu formulieren und deren kritisch-befreiende Potenz in der Öffentlichkeit zur Sprache zu bringen. Ihr geht es zudem um ein neues Selbstverständnis von Kirche als Institution der gesellschaftskritischen Freiheit des Glaubens, die ihre kritisch-kreative Aufgabe in der Gesellschaft und für sie wahrnimmt.

Gegenüber dem Verdacht, dass er mit seiner politischen Theologie den christlichen Glauben verdrehe und verkürze, indem er ihn verweltliche und entleere, ihn politisiere und horizontalisiere, unterstreicht Metz umgehend den theologischen Charakter der politischen Theologie. Diese frönt weder der Fortschrittsideologie, noch stellt sie ein Weltverbesserungsprogramm dar. Sie ist vielmehr genuine Rede von Gott, die den Glauben ganz im Sinne der biblischen Tradition auslegt und ihn versteht als *memoria*, als Erinnerung. „Christlicher Glaube ist hier also als jenes Verhalten verstanden, in dem der Mensch sich an ergangene Verheißungen und angesichts dieser Verheißungen gelebte Hoffnung erinnert und sich an diese Erinnerungen lebensbestimmend bindet (...) Im Glauben vollziehen Christen die *memoria passionis*,

mortis et resurrectionis Jesu Christi; glaubend erinnern sie sich an das Testament seiner Liebe, in der die Herrschaft Gottes unter uns Menschen gerade dadurch erschien, dass die Herrschaft zwischen den Menschen anfänglich niedergelegt wurde, dass Jesus sich selbst zu den ‚Unscheinbaren‘, den Ausgestoßenen und Unterdrückten bekannte und so die kommende Herrschaft Gottes gerade als befreiende Macht einer vorbehaltenen Liebe kundtat.“ [...]]

Politisch-theologisch verstandene *memoria* meint genau das Gegenteil von Nostalgie, „in der wir alles Vergangene in einem verklärenden, traumfarbenen Licht sehen“. Sie meint auch das Gegenteil einer Erinnerung, die das Vergangene festschreibt, versiegelt und besiegelt. Und sie meint schließlich das Gegenteil einer privaten Hinwendung zum vergangenen „Glück“. [...]

Die biblische Tradition des Exodus, der Propheten, des Jesus von Nazareth birgt ein gefährliches, ein subversives Gedächtnis der Menschheit, das die Banalität des Bestehenden unterwandert, unterbricht und aufbricht. Das Gedächtnis des Lebens, Leidens, des Todes und der Auferstehung Jesu bedeutet für eine auf Selbsterhaltung und Selbstsicherung angelegte Gesellschaft und Kirche eine Herausforderung – eben eine gefährliche Erinnerung, welche den gesellschaftlichen und kirchlichen Institutionen ihr phantasieloses Funktionieren vor Augen führt.

Leidensgedächtnis

Für die Politische Theologie darf das Gedächtnis des Leidens Jesu nicht bloß gottesdienstlich angerufen und damit kultisch konserviert werden. Die christliche *memoria* stellt die Passion und die Auferweckung Jesu vielmehr in den Zusammenhang der Leidensgeschichte der Menschheit. Aus dem Gedächtnis des vergangenen Leidens erwächst Hoffnung auf Zukunft. Der christliche Gottesgedanke ist ein praktischer und politischer Gedanke. Er zielt auf das solidarische Subjektseinkönnen aller ab, auf die Verheißung der Rettung aus den Finsternissen und Bedrohungen der menschlichen Leidensgeschichte. Den

Glauben der Christen bestimmt Metz folglich als „eine Praxis in Geschichte und Gesellschaft, die sich versteht als solidarische Hoffnung auf den Gott Jesu als den Gott der Lebenden und der Toten, der alle ins Subjektsein vor sein Angesicht ruft“. Der über das Gedächtnis des Leidens vermittelte Glaube an die Auferweckung durch den Gott der Lebenden und der Toten besagt dann: „Es gibt einen unabgeholten Sinn der Toten, der bereits Besiegten und Vergessenen.“

Das Leidensgedächtnis wird damit weder liturgisch stillgestellt noch christologisch engeführt, sondern menscheitsgeschichtlich erweitert. Dabei knüpft die Politische Theologie an die Philosophie der Kritischen Theorie der Frankfurter Schule an. Insbesondere bezieht sie sich auf Walter Benjamin, jenen Philosophen, Literaturtheoretiker und Geschichtsdenker, der sich 1940 auf der Flucht vor den Nazis das Leben genommen hat. Der Jude Benjamin unterscheidet in seinen „Geschichtsphilosophischen Thesen“ eine Siegeregeschichte und eine Geschichte der Besiegten. Er fragt sich, ob es eine Zukunft für die Vergessenen und die Toten gibt, und er sieht eine Hoffnung für das Vergangene im Eingedenken. [...]

Die Politische Theologie sieht in der Rettung der Toten zuallererst eine Tat Gottes. Für sie sind die *memoria Jesu Christi* und das Leidensgedächtnis immer zugleich *memoria passionis*, eine gefährliche und befreiende Erinnerung, welche den Zauberkreis des evolutionistischen Bewusstseins durchbricht und gegen die emanzipatorische Erfolgsgeschichte die Leidensgeschichte der Gescheiterten und Vernichteten wachruft. Die Hoffnung auf die Rettung der Toten konkretisiert sich für Metz in der Naherwartung, welche den Bann der evolutionistischen Zeitlosigkeit bricht und darin radikale Nachfolge erst lebbar macht.

In Benjamins „Thesen“ findet sich auch der Satz: „Es ist niemals ein Dokument der Kultur, ohne zugleich ein solches der Barbarei zu sein“ (These 7). In diesem Satz tritt ein Verständnis von Kultur zutage, das der heutigen Kulturwissenschaft widerspricht. In den Kulturwissenschaften war in den

■ Die biblische Tradition des Exodus, der Propheten, des Jesus von Nazareth birgt ein gefährliches, ein subversives Gedächtnis der Menschheit, das die Banalität des Bestehenden unterwandert.

■ Für Metz ist „Auschwitz“ jener Ortsname des Erschreckens und Entsetzens, in dem die Katastrophengeschichte des 20. Jahrhunderts kulminiert.

letzten Jahren ausgesprochen viel vom Gedächtnis die Rede. Der Ägyptologe Jan Assmann hat eine richtungweisende Arbeit über „Das kulturelle Gedächtnis“ veröffentlicht. Darin unterscheidet er zwischen zwei Formen kollektiver Erinnerung, dem kommunikativen und dem kulturellen Gedächtnis. Das kommunikative Gedächtnis bezeichnet das, was einer Generation an konkreter Geschichte gegenwärtig ist. Es sind „Erinnerungen, die der Mensch mit seinen Zeitgenossen teilt. (...) Wenn die Träger, die es verkörpern, gestorben sind, weicht es einem neuen Gedächtnis.“ (50) Das kommunikative Gedächtnis umspannt damit etwa drei bis vier Generationen. Es ist alltagsnah, informell und erfahrungsbezogen; es macht die Menschen, welche es teilen, zu „Zeitzeugen einer Erinnerungsgemeinschaft“ (56).

Das kulturelle Gedächtnis eines Kollektivs, einer Gruppe oder eines Volkes reicht demgegenüber weiter und ist auch anders strukturiert. Es antwortet nämlich auf die Frage: „Was dürfen wir auf keinen Fall vergessen?“ Das kulturelle Gedächtnis ist laut Assmann identitätskonkret und rekonstruktiv. Es begründet und erhält die Identität einer Gruppe. Es stiftet Gemeinschaft, indem es eine gemeinsame Geschichte vermittelt. [...]

Auch die Politische Theologie stellt die Frage: „Was dürfen wir auf keinen Fall vergessen?“ Aber nicht als Frage nach dem verbindenden und verbindlichen Mythos, sondern als Frage nach der Wahrheit und Wirklichkeit, als Frage nach denen, die wirklich gelitten haben, verachtet, verfolgt, gequält und ermordet wurden – und als Frage nach Gott. Die Identitätskonstruktionen der Kulturwissenschaften konfrontiert die Politische Theologie mit einer Erinnerung, die weniger Identität stiftet als unterbricht, weniger Kontinuität konstruiert als in Frage stellt und subversiv unterwandert.

Anamnetische Kultur

Der Blick Walter Benjamins und der Blick der Politischen Theologie richten sich anamnetisch, also erinnernd und eingedenkend, auf die der Kultur innewohnende

Barbarei und auf deren Opfer. Er richtet sich bei Metz ganz besonders auf jene anamnetische Kultur, der das Christentum entstammt, in der es wurzelt, die es indessen verdrängt, vergessen und der Vernichtung preisgegeben hat. Er richtet sich auf das Judentum mitsamt seiner Leidensgeschichte und Erinnerungskultur. [...]

Für Metz ist „Auschwitz“ jener Ortsname des Erschreckens und Entsetzens, in dem die Katastrophengeschichte des 20. Jahrhunderts kulminiert. Auschwitz ist für ihn nicht nur der Ort des Grauens, „nicht nur die Apotheose des Bösen ... und nicht nur das Schweigen Gottes. Unbegreiflich, manchmal noch irritierender ist das Schweigen der Menschen: das Schweigen derer die zugeschaut oder weggeschaut und dadurch dieses Volk in seiner Todesnot einer unsagbaren Einsamkeit ausgeliefert haben“.

Auschwitz steht am Ende einer unseligen christlichen Tradition der Enteignung und Verdrängung der Gottesgeschichte mit seinem jüdischen Volk. [...] Durch das Vergessen und Verdrängen der für die christlichen Wahrheits- und kirchlichen Machtansprüche gefährlichen Erinnerung an die jüdischen Wurzeln wurde die Leidensgeschichte des jüdischen Volkes nicht nur fortgesetzt; es hat sich, zunächst christlich grundiert und theologisch legitimiert, eine christliche Judenfeindschaft entwickelt. Dieser christliche und kirchliche Antijudaismus ist später ethnisch, nationalistisch und rassistisch verbrämt worden. Im rassistischen Antijudaismus hat sich die Judenfeindschaft bis zur „Endlösung“ von Auschwitz radikalisiert. Zur anamnetischen Kultur und Praxis der Christen gehört darum die Erinnerung an diese Schuldgeschichte, die Wahrnehmung, Anerkennung, das Eingeständnis und das Bekenntnis der eigenen Schuld. [...]

Metz klagt zum einen die unbedingt zu erinnernde Leidensgeschichte der Juden und die um keinen Preis zu verdrängende und zu vergessende Schuldgeschichte der Christen ein, die unauslöschlich mit dem Namen „Auschwitz“ verbunden sind. [...] Nach Auschwitz hat Theologie Metz zufolge die Theodizeefrage, also die Frage nach

der Rechtfertigung Gottes, als Frage nach der Rettung der ungerecht Leidenden zu stellen. Angesichts des unvergleichlichen Schreckens von Auschwitz benennt sie zugleich ein Leiden an Gott. [...]

Metz nennt Auschwitz ein Zeit-Zeichen und Ultimatum. Er sagt, die „anamnetische Kultur ist eine Mitgift des jüdischen Geistes. Und sie fehlt uns weithin, hierzulande und überhaupt in Europa, seit in Auschwitz dieser jüdische Geist endgültig ausgelöscht werden sollte“. An Auschwitz kommt die christliche Theologie nicht mehr vorbei; darüber hinaus kommt sie nur noch mit den Opfern von Auschwitz. [...]

Compassion

In Metzens neuestem Buch mit dem Titel „Memoria passionis“ finden sich viele verzweigte Überlegungen zur Compassion. Diese hat vom Wort her mit Leiden, genauer mit Mit-Leiden zu tun. Metz wählt aber weder den deutschen noch den englischen, sondern den spanischen Ausdruck, um sich mit diesem fremdsprachigen Wort vom allzu gefühlsduseligen Mitleid abzugrenzen. Er sagt: „Nun gibt es in der deutschen Sprache kein Wort, das diese elementare Leidempfindlichkeit – und die Tatsache, dass Jesu erster Blick dem fremden Leid gilt – unmissverständlich zum Ausdruck bringt.“

Compassion soll dazu animieren, „uns selbst auch mit den Augen der Anderen, vorweg der leidenden und bedrohten Anderen anzuschauen und einzuschätzen und diesem Blickwenigstens um ein Geringes länger standzuhalten, als es die spontanen Reflexe unserer Selbstbehauptung erlauben.“ [...]

Mit der Compassion will Metz zugleich ein „Weltprogramm des Christentums im Pluralismus der Religionen und Kulturen“ skizzieren. Dieses Programm verortet die Theologie in der Öffentlichkeit des Globalisierungszeitalters. Es macht sich darin für einen leidempfindlichen Monotheismus stark, einen aus dem biblischen Gottesgedächtnis gespeisten Universalismus der Gottesrede. Solche Gottesrede geht alle Menschen an und ist für alle bedeutsam. Ein solcher Monotheismus ist laut Metz

sowohl antitotalitär als auch pluralismusfähig. Compassion will Metz im Sinne der biblischen Traditionen nicht als vages Mitgefühl, sondern als teilnehmende und tätige Mitleidenschaft verstehen, welche das „Ich“ moralisch-politisch beansprucht. [...]

Aus der Sicht jener politischen Theologen, die nicht nur die erste Generation der Kritischen Theorie der Frankfurter Schule aufnehmen, sondern auch Jürgen Habermas' kommunikative Handlungstheorie theologisch rezipieren, ist die von Metz immer wieder betonte Asymmetrie bedenklich. Meines Erachtens verlangt auch und gerade die Compassion eine Wechselseitigkeit, nämlich eine Wechselseitigkeit sowohl des Blickwechsels als auch des Positionswechsels und zugleich der Anerkennung. Metz tut dies gerne als Marktlogik und Tauschrationalität ab. Allerdings gibt es weder Anerkennung noch Entfeindung ohne gegenseitig zugestandene und eingenommene Wechselseitigkeit. Gerade Entfeindung entsteht im wechselseitigen Bemühen um Verstehen der jeweils Anderen und der schrittweisen Verständigung miteinander. Dass die Compassion wechselseitig sein muss, um die Augen für die Anliegen, Ängste und Ansprüche der Anderen zu öffnen, lässt sich am fehlenden Eingedenken des Leids der Anderen belegen, das sich zu kriegerischen Konflikten auswächst: zum Beispiel im Nahen Osten, im Balkan oder in Dafour. [...]

Die Compassion wird bei Metz zudem zum „Reformprogramm der Kirche ex memoria passionis“. Sie wird angeführt gegen die kirchliche Selbstprivatisierung in pluralistischer Öffentlichkeit sowohl in ihrer fundamentalistischen Version der exklusiven „kleinen Herde“ von Gleichgesinnten als auch in ihrer liberalen Variante der bürgerlichen Service- und privatisierten Dienstleistungskirche. In der Compassion anerkennt die Kirche laut Metz die Autorität der Leidenden. Zugleich bewahrt sie darin einen Vorrat an lebenswichtigen und überlebenswichtigen Erinnerungen und Einsichten, welche die Glaubensgemeinschaft zur Gesellschaftskritik befähigen und sie zur „öffentlichen Selbstkritik“ einladen und anleiten.

■ Die ausschließliche Befassung mit dem eigenen, sei es persönlichen, sei es kollektiven Leiden, macht blind für das Leiden der Anderen.

Vom Führerprinzip zur Partizipation

Ein Ausweg aus der kirchlichen Lähmung?

■ RAINER BUCHER und MAXIMILIAN LIEBMANN



Rainer Bucher ist Professor für Pastoraltheologie und Pastoralpsychologie an der Universität Graz.



Maximilian Liebmann ist emeritierter Professor für Kirchengeschichte an der Universität Graz.

Die beiden Autoren stellten uns ihren Text „Erinnerung und Zukunft. Vor einer neuen Phase der österreichischen Pastoralgeschichte“ zur Verfügung, der zuerst in der kathpress vom 23. Juli 2008 veröffentlicht wurde. Damit wird die Debatte um die Rolle der Pfarrgemeinden weiter angeheizt und die Frage gestellt, welche autonome Aufgabe den Laien in der Kirche zukommt.

I. Erinnerung

1.1. Das Ende des „Politischen Katholizismus“: Anfang einer autoritären „Pastoraldoktrin“

Der Übergang vom „Politischen Katholizismus“ zum „Pastorkatholizismus“ war weder überraschend noch abrupt. Ein Meilenstein hiezu war die Gründung der Zeitschrift „Der Seelsorger“, die am 25. Jänner 1925 erstmals mit dem programmatischen Leitartikel „Custos quid de nocte“, erschien. Er war vom Pastoraltheologen Michael Pflieger verfasst worden und wurde engagiert diskutiert.

Das wirkliche Ende des „Politischen Katholizismus“ begann mit dem Ende des österreichischen Parlamentarismus, d. h. mit der Ausschaltung des Nationalrates (März 1933) und der feierlichen Unterzeichnung des Konkordates (5. Juni 1933). Mit der Rückbeordnung der Priester aus dem parteipolitischen Bereich durch die Bischofskonferenz am 30. November 1933 hatte der „Pastorkatholizismus“ in Kirche und Katholizismus das Sagen.

Die Spiritualität des „Pastorkatholizismus“ fokussierte sich in der „Pastoraldoktrin“, deren Grundsätze auf der Seelsorgetagung Anfang Jänner 1935 in Wien formuliert und promulgiert wurden. Die Tagung wurde mit dem Segen Kardinal Innitzers durchgeführt. Diese Seelsorgetagung fungierte als förmliches „Pastorkonzil“ österreichischer Provenienz und fundierte eine geschichtsmächtige „Pastoraldoktrin“ in fünf Grundsätzen.¹

1.2. Strukturen der autoritären „Pastoraldoktrin“

1. Die Pfarrgemeinde wird idealisiert

„Das Königreich Christi im kleinen ist die Pfarrgemeinde. Nur die Organisationsidee der Pfarrgemeinde allein ist ein wirklich Ganzes, ein ideelles, natürliches und übernatürliches, territoriales und einheitliches Ganzes. Im Wesen der Pfarrgemeinde liegt die geistig religiöse, personale und territoriale Totalität. Und diese pfarrliche Einheitsidee fordert auch für die Jugend: Große Linie! Einheit! Zusammenschluss!“

2. Vereine und Demokratie werden negiert

„Die Vereinsidee, aus liberalen und demokratischen Zeiten stammend und für diese Zeiten notwendig und nur so möglich – muss formal und inhaltlich eine Umwandlung durchmachen, soll sie in die neue Zeit passen, die organisch, total, und autoritär denkt. Unsere Vereine stammen aus der Zeit, die für die gesamt-katholische Bewegung der Pfarrgemeinde noch nicht reif war. Der Zeitgeist ist nun heute einmal aufs Totale, aufs Ganze gerichtet und tut am liebsten dort mit, wo totale Ideen in totalen Formen entscheidende, allgemeine Neugestaltung bieten. Es ist nicht Verlust und Untergang, sondern große Gnade und Auferstehung, dass wir heute die Vereinsidee hineinwachsen sehen dürfen in die große Idee der Pfarrgemeinde.“

3. Die Katholische Aktion wird umstrukturiert

„Die Katholische Aktion hat die Fähigkeit, sich restlos den Zeitforderungen anzupassen.“

1) Die nachstehenden Zitate sind, wenn nicht anders verwiesen, dem entsprechenden Referats-Berichtsband entnommen.

sen. Manchen Vereinen, die an überlieferten Organisationsformen und Gebräuchen festhalten, fällt dies allerdings sehr schwer. Der Sendungsgedanke ist die *differentia specifica* der Katholischen Aktion. Wenn er sich im Bewusstsein der Laien stark verankert, wird die Katholische Aktion nie in einen Vereinsbetrieb ausarten.“

Nahtlos schließt sich dieser Vereinsfeindlichkeit Michael Pflieglers öffentlicher, schriftlicher Dank an das NS-Regime (April 1938) an, dass die katholischen Vereine liquidiert wurden, da sie ohnehin das Haupthindernis für die Etablierung der neuen Katholischen Aktion darstellten.

4. Der Bischof wird als Führer proklamiert

„Entweder bekennen wir uns zum Führerprinzip oder nicht. Wenn ja, dann müssen wir folgerichtig zugeben, dass der Bischof nur nach oben hin verantwortlich ist, nicht nach unten. Daher setzte ich mich in Unrecht, wenn ich an ihm herumnörgle. Es ist reine Verleugnung der hierarchischen Verfassung der Kirche. Modern gesprochen: Eine Verletzung des Führerprinzips. Viele Katholiken, besonders aus der jüngeren Generation, stellen sich zu ihrem Bischof sofort anders, sobald sie in ihm den Führer sehen. Es ist katholischer, mit dem Bischof in Irrtum als gegen den Bischof in die Wahrheit zu schreiten.“

5. Pastorieren statt politisieren wird definiert

„Im Verhältnis zum staatlichen Leben stehen wir, vom Standpunkt der Katholischen Aktion aus gesehen, derzeit im Zustand der Scheidung, der Distanzierung. Bundeskanzler Dollfuß an die Priester: Politisiert mir nicht zuviel und sorgt lieber dafür, dass eure Leute gute Katholiken werden, das ist auch für den Staat die beste Politik, die ihr treiben könnt.“

Kardinal Innitzers Pastoralanweisung: „Alleinige Berufsaufgabe des Priesters ist die Seelsorge, die Feier des hl. Messopfers und die anderen kirchlichen Handlungen, die Spendung der hl. Sakramente und die Verkündigung des Wortes Gottes, wie wir es durch die hl. Schrift und die mündliche Überlieferung überkommen haben. Der Seelsorger muss sich deshalb von jeder Poli-

tik fern halten und soll der Entwicklung der Dinge mit Vertrauen entgegensehen.“

II. Wege in die Zukunft

Die alte klerikale, undemokratische „Pastoraldoktrin“ der Vorkriegszeit ist nicht wirklich überwunden. Sie droht vielmehr zurückzukehren. Wir sind fest überzeugt: Sie passt weder zur Ekklesiologie des II. Vatikanums, noch zum demokratischen Bewusstsein der Gegenwart, noch zu den Herausforderungen einer Kirche unter dem Vorzeichen radikal individualisierter Religionsausübung.

Die Kirche ist dazu da, das Evangelium vom liebenden Gott Jesu und unsere immer schwierige, immer gefährdete Existenz hier und heute kreativ ins Spiel zu bringen, in Wort und Tat und mit offenem Ausgang. Das Evangelium den Menschen unserer Zeit zu erschließen, indem wir es von ihrer Freude und Hoffnung, Trauer und Angst her neu entdecken, das ist die Aufgabe der Kirche. Das II. Vatikanische Konzil nennt diesen Prozess „Pastoral“.² Er ist ein Wagnis, ein Geschenk der Freiheit und vor allem der Gnade.

Trauen wir dem Volk Gottes und trauen wir ihm mehr zu. Experimentieren wir, wagen wir, freuen wir uns der Herausforderungen. Denn wir alle sind das von Gott berufene Volk und immerhin ein Sakrament des Herrn. Daher fordern wir:

1. Weg von der Sozialformorientierung hin zur pastoralen Aufgabenorientierung!

Unter heutigen Bedingungen müssen sich praktisch alle pastoralen Orte permanent „neu erfinden“. Die Gemeinden genauso wie die katholischen Vereine, Verbände sowie Arbeits- und Gebetsgemeinschaften müssen sich immer wieder fragen: Was bedeutet das Evangelium hier und heute und was das Hier und Heute für das Evangelium?

Es braucht dazu überall Orte, an denen diese Frage jenseits aller Routinen immer neu gestellt und beantwortet wird. Dazu müssen alle beitragen können, dazu müssen alle gefragt werden. Kirche ohne Partizipation wird nie jene Ausstrahlung erreichen

■ Die alte klerikale, undemokratische „Pastoraldoktrin“ der Vorkriegszeit ist nicht wirklich überwunden.

2) Vgl. Fußnote zum Titel der Pastoralakonstitution „Gaudium et spes“.

■ Die Milieuverengung vieler kirchlicher Orte und gerade unserer Gemeinden ist unübersehbar. Man muss ungefähr so werden, wie die, die schon da sind, wenn man dazu gehören will.

können, die sie von ihrem Auftrag her entwickeln muss. Solche Partizipation ist kein obrigkeitliches Zugeständnis, sondern eine evangelisatorische Notwendigkeit.

2. Weg von der Milieuverengung hin zur Neugier auf Leben heute, auch das eigene

Die Milieuverengung vieler kirchlicher Orte und gerade unserer Gemeinden ist unübersehbar. Man muss ungefähr so werden, wie die, die schon da sind, wenn man dazu gehören will.

Wie viel Neugier auf heutiges Leben gibt es an kirchlichen Orten? Das heißt übrigens auch: Wie viel Ehrlichkeit gibt es gegenüber dem eigenen Leben? Wird immer noch nur das kommuniziert, was in die katholische Normbiographie passt? Wie offen, wertschätzend, anerkennend und liebevoll ist unsere innerkirchliche Kommunikation?

3. Weg von Gemeindegöismus hin zu einer katholischen Gesamtpastoral!

Es gibt bereits viele kirchliche Orte, wo Menschen angenommen werden, so wie sie sind, und nicht so, wie man sie gerne hätte. In der Krankenhauspastoral oder bei der Caritas, in der Gefängnisseelsorge und im Religionsunterricht: Hier kann man nicht aussortieren in genehme und unangenehme Menschen. Das sind alles Orte, wo das Evangelium in Wort und Tat zu den Menschen kommt und dort von ihnen her entdeckt werden will. Sie alle, wie auch die Pfarrgemeinde sind Teil des großen Netzwerks Kirche.

4. Weg von den unfruchtbaren wechselseitigen Ressentiments innerhalb des Volkes Gottes hin zu kreativer Differenz

Es gibt in unserer Kirche zwei ziemlich einschneidende Statusunterscheide: jenen von Laien und Klerikern und jenen von Hauptamtlichen und sog. Ehrenamtlichen. Diese Differenzierungen haben durchaus Sinn und Bedeutung, allerdings nur dann, wenn sie in der Praxis für beide Seiten ein Gewinn sind und als solcher erfahren werden.

Das Konzil lässt uns klar und eindeutig wissen: „Das Apostolat der Laien ist Teilnahme an der Heilssendung der Kirche

selbst. Zu diesem Apostolat werden alle vom Herrn selbst durch Taufe und Firmung bestellt.“ (LG 33) „Unter der Bezeichnung Laien sind hier alle Christgläubigen verstanden mit Ausnahme der Glieder des Weihestandes und des in der Kirche anerkannten Ordensstandes, das heißt die Christgläubigen, die, durch die Taufe Christi einverleibt, zum Volk Gottes gemacht und des priesterlichen, prophetischen und königlichen Amtes Christi auf ihre Weise teilhaftig, zu ihrem Teil die Sendung des ganzen, kirchlichen Volkes in der Kirche und in der Welt ausüben.“ (LG 31)

Kreative, gleichrangige, wechselseitig wertschätzende Verhältnisse zwischen diesen grundsätzlich gleichrangigen Teilen des einen Volkes Gottes zu gestalten, das wäre kirchlicher Auftrag. Das ist aber immer primär die Aufgabe der jeweils Gestaltungsmächtigeren, also der Hauptamtlichen und der Priester.

Weder sind die ehrenamtlichen Mitglieder des Volkes Gottes Handlungsmarionetten der Hauptamtlichen noch die sog. Laien Handlungsmarionetten der Kleriker. Sie sind alle zusammen das eine Volk Gottes, in dem sie unterschiedliche Aufgaben und Ämter haben, und zwar füreinander und für die Vergegenwärtigung des Evangeliums!

Es käme darauf an, von obrigkeitlichen Erlaubnisdiskursen zu kreativen Ermöglichungsdiskursen zu kommen. Dazu braucht es das Vertrauen in das Volk Gottes und seinen kreativen Möglichkeits-sinn.

5. Weg von der Innenorientierung – hin zum evangeliumsgemäßen Wahrnehmen der „Zeichen der Zeit“

Kirche verliert sich nicht im Außen, sie findet sich dort. Nur wenn sich kirchliche Orte den „Zeichen der Zeit“ (GS 4) stellen, also den neuen Herausforderungen, welche wir in unserem Leben, in unserer Kultur begegnen, und nur, wenn wir uns fragen, was diese Zeichen aus der Perspektive des Evangeliums bedeuten und welche Antworten das auf jene Herausforderungen gibt, nur dann wird unsere Kirche aus ihrer merkwürdigen Lähmung kommen.

GS = *Gaudium et spes*
LG = *Lumen gentium*

Christsein heute

Zum 80. Geburtstag von Prof. Hans Küng
Der Versuch einer Würdigung in einem ungewöhnlichen Vergleich

■ PETER PAUL KASPAR

Drei Theologen der letzten Jahrzehnte haben in ihren Schriften und in ihrer Außenwirkung den Katholizismus im Deutschen Sprachraum entscheidend geprägt. Einer wurde Papst, einer blieb Theologieprofessor und einer trat aus der Kirche aus. Drei sehr verschiedene Versuche, heute Christ zu sein:

Großproduzenten katholischer Theologie

Es sind zwei eigenwillige Persönlichkeiten, die im deutschen Sprachraum als Großproduzenten katholischer theologischer Werke in den letzten Jahrzehnten unübersehbar hervorgetreten sind. Beide hatten einen Blitzstart als Jungstars hingelegt – der eine während des Konzils in den Sechzigerjahren, der andere etwa ein Jahrzehnt später in der Phase der beginnenden Kirchenresignation. Beider Publikationen, samt zahlreichen Übersetzungen, können ein mittleres Bücherregal füllen, beide wurden auch international rezipiert, beider Reichweite überschreitet die katholische Theologie und den deutschen Sprachraum, beide stehen in öffentlichem Dissens zur offiziellen vatikanischen Konsentheologie und beide werden weit über den Kreis der Kirchentreuen hinaus gelesen und akklamiert. Dennoch besteht ein gewichtiger Unterschied: Der ältere beharrt auf seinem Heimatrecht in der katholischen Kirche – der andere hat sich inzwischen höflich



aus ihr verabschiedet. Vermutlich ist es unnötig, auch noch ihre Namen zu nennen: Es handelt sich um Hans Küng und Eugen Drewermann.

Eine auffallende Eigenschaft trennt beide von der großen Zahl der bücherschreibenden Universitätstheologen, deren Einfluss über den Kernbereich theologisch interessierter Insider nicht hinauskommt:

Sie werden von kritischen Christen innerhalb und außerhalb der Großkirchen, aber auch von interessierten Agnostikern und Intellektuellen anderer Religionen gehört, gelesen und diskutiert. Beide haben auch einen Kompetenzbereich außerhalb der christlichen Theologie:

Bei Hans Küng sind es die großen Weltreligionen – außerhalb und in Beziehung zum Christentum. Bei Eugen Drewermann ist es die Tiefenpsychologie – ebenfalls außerhalb und in Beziehung zum Christentum. Also sogar eine Gemeinsamkeit in der Verschiedenheit. Man ist fast versucht zu behaupten, dass ein Qualitätszeichen guter zeitgemäßer Theologie die bewusste und interessierte Grenzüberschreitung ist.

Ketzer und Großinquisitor

Für die herkömmliche systematische, systemkonforme und romtreue katholische Kirchentheologie ist die Grenzüberschreitung bereits der erste Schritt in die Ketzerei.



Peter Paul Kaspar, Akademiker- und Künstlerseelsorger in Linz, Musiker und Buchautor, lehrt an der Anton Bruckner Universität Linz.

■ Nur das Bewahren der Heimat schützt den Grenzgänger davor, als Irrläufer durch die Fremde ziehen zu müssen.

Denn zur Festlegung der Grenzen gibt es katholischerseits seit jeher ein hohes Amt: früher die Heilige Inquisition, dann das Heilige Offizium und heutzutage die Glaubenskongregation. (Die „Heiligsprechung“ der Glaubenskongregation unterbleibt erfreulicherweise.)

Der langjährige Chef dieser Behörde für Rechtgläubigkeit hat den letzten Karriere-sprung seiner langen Vita bereits hinter sich: Im theologisch höchst qualifizierten Professor Joseph Ratzinger sitzt die zentralistisch streng genormte Theologie inzwischen auf dem Papstthron. Das steht natürlich eher für Abgrenzung als für Grenzüberschreitung.

Ein passionierter Grenzüberschreiter wie Hans Küng mit seinem Projekt Weltethos steht daher in einer dialektisch aufregenden Spannung zum Papst.

Engherzige Menschen rufen in solchen Situationen nach Verurteilung und Sanktion.

Weitherzige Menschen freuen sich und meinen, dass die Bewältigung von Gegensätzen, Grenzzäunen und Gegnerschaften gerade heute zur Menschheitsaufgabe geworden ist.

Die Gemeinsamkeiten von Ratzinger und Küng sind ähnlich faszinierend wie jene von Küng und Drewermann: Sowohl der gegenwärtige Papst als auch der emeritierte Theologe waren die theologischen Jungstars des Konzils, waren Professorenkollegen in Tübingen – und sie haben an dieser Universität den Aufruhr des Jahres 1968 er- und überlebt.

Allerdings mit völlig verschiedenen Konsequenzen: Küng gelang 1968 ein freundlicher und gelassener Umgang mit den Studenten und blieb in Tübingen. Ratzinger jedoch hat sich, genervt von den aufmüpfigen Studenten, ins beschauliche Regensburg zurückgezogen, um dann über den Bischofssitz in München nach Rom zu gelangen, zuerst als Chef der Lehre, dann als Chef des Ganzen. Erst die Absetzung durch seinen ehemaligen Kollegen Ratzinger im Jahr 1979 machte Küng als Ketzer amtskundig.

Die Universität behielt ihn als Professor eines eigens für ihn geschaffenen Instituts

außerhalb der theologischen Fakultät. Also nochmals grenzüberschreitend – und dennoch katholisch.

Grenzwächter und Grenzgänger

Drewermann, Küng und Ratzinger haben sich in ihren Biographien durch ihre je verschiedene Be- oder Missachtung von Grenzen unterschieden. Drewermann überschritt die Grenze und blieb draußen. Ratzinger bewachte die Grenzen und bestrafte die Grenzgänger. Küng ist der lustvolle Grenzgänger, der seinen Lebensweg im Überschreiten der Grenzen zog – hin und zurück, jedoch in der Bewahrung der Heimat. Denn nur das Bewahren der Heimat schützt den Grenzgänger davor, als Irrläufer durch die Fremde ziehen zu müssen.

Der päpstliche Grenzschilder hat deshalb auch seine Probleme mit den verwandten, den monotheistischen Religionen in der abrahamitischen Überlieferung: Das führte zu den bekannten Konflikten mit dem Islam und mit dem Judentum. Und in ähnlicher Weise zu einer verstärkten Abgrenzung gegen die anderen christlichen Konfessionen, die sich nach Ansicht des Papstes nicht einmal als Kirchen verstehen sollten.

Hans Küng ist nur um ein Jahr jünger als der Papst. Doch zwischen ihrem Verständnis von der Aufgabe der Christen in einer global vernetzten Welt liegen Jahrzehnte. Es wird sich weisen, ob die katholische Kirche den engen Weg der Bewahrung und Abgrenzung gehen wird, oder den weltoffenen Weg der Grenzüberschreitung und Weltoffenheit.

Die Türen und Fenster im Haus der Kirche wurden von Johannes XXIII. vor fünfzig Jahren einladend aufgestoßen und haben sich nach dem Konzil allmählich wieder geschlossen.

Die abgestandene Luft der Zeit vor dem Konzil erfüllt wieder die alten Gemäuer. Und viele Grenzgänger finden sich unversehens vor verschlossenen Türen.

Es wird sich weisen, ob die Zukunft der Kirche eher den Türschließern oder den Grenzgängern gehört.

Subversion der Liebe

P. Josef García-Cascales zum 80. Geburtstag

■ PETER PAWLOWSKY

Er eröffnet jeden Gottesdienst mit dem Satz aus dem ersten Johannesbrief: „Gott ist Liebe“. Und er schließt jeden Gottesdienst mit der Bitte um Segen nicht nur für die Anwesenden und ihre Angehörigen und Freunde, sondern auch „für unsere Feinde“.

P. Josef stammt aus einem Spanien der Diktaturen, aus einer Kirche, die in jeder Messe nach der Wandlung neben Papst und Bischöfen den General Franco nennen ließ. Die Linken haben seinen Vater erschossen, nicht etwa im Kampf, sondern schlicht und einfach, weil er sich als Christ bekannte. Ein Lebensweg als klerikaler Hardliner wäre für diesen Josef aus der Provinz Valencia geradezu vorgezeichnet gewesen – andere Spanier aus der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts wie der Gründer des Opus Dei sind diesen Weg auch gegangen.

Nicht so P. Josef García-Cascales. Seine erstaunliche Loyalität zur Kirche hinderte ihn nicht, das Gegenteil dessen zu betonen, was landläufig das Image der Kirche ausmacht. Sein Vehikel dafür war und ist der Cursillo, der kleine Glaubenskurs, den er aus Spanien mitbrachte und in Österreich und den Nachbarländern zum Blühen brachte. Die drei Stichworte des Kurses, durch den Tausende gegangen sind, lauten: Liebe, Freude, Freiheit. Dass Gott die Liebe ist, musste man durchgehen lassen, es steht schließlich in der Bibel. Dass er Freude sei, war schon gefährlicher und hat P. Josef – vor dem Konzil – eine Anzeige beim



Erzbischöflichen Ordinariat eingebracht. Aber dass das Christentum irgendetwas mit Freiheit zu tun haben soll, war eine Herausforderung für die Kirche der Gebote und Verbote und ist für alle, die P. Josef begegnen, bis heute ein Aha-Erlebnis.

Mit dieser Botschaft fütterte P. Josef keinen progressiven Liberalismus, sondern erprobte sie durchaus paradox auch in öster-

reichischen Gefängnissen. Wo er aber nicht hinter Gittern agiert, erweist sich die Praxis von Liebe, Freude und Freiheit als subversiv. Während Proteste gegen amtskirchliche Fehlleistungen (denen sich P. Josef immer wieder anschloss) die Energie aufgeschlossener Katholiken und Katholikinnen verzehren, unterwan-

dert er die stagnierenden Strukturen mit den Gruppen, die eine ganz andere Kirche leben. Daraus ergibt sich eine ungewöhnliche Art von Kirchenkritik. „Weil ich die Kirche liebe“, sagt er, „mache ich auf ihre Krankheiten aufmerksam“. Und das tat er über Jahrzehnte in der Zeitschrift des Cursillo nicht zu sparsam.

Eine dieser Krankheiten sieht P. Josef im Opfergehabe, das zu einem „humanem Absurdum“ geworden ist. „Der Mensch ist von Gott geliebt, der Mensch ist nicht da, um wie Weihrauch zur Ehre Gottes verbrannt zu werden, wie die Kirche mit der Inquisition es so oft gemacht hat.“ Diese Haltung ist auch ohne Scheiterhaufen immer noch

Fortsetzung auf Seite 34



Peter Pawlowsky, Studium der Literatur und Philosophie, sieben Jahre Leiter der Abteilung „Religion“ im ORF Fernsehen. Bis 2000 Präsentator von „kreuz+quer“. Mitglied des Programmbeirats von Arte.

In Sichtweite Gottes

Katholische Aktion vom Papst zum Buch



Luitgard Derschmidt/
Walter Greinert (Hg.)
In Sichtweite Gottes? Bekenntnisse aus dem Alltag
Wiener Dom-Verlag 2008
191 Seiten, € 12,90

Auf dem Cover ein Fernrohr. Dahinter, unsichtbar am Okular: Gott. Oder umgekehrt? Sind es die Menschen, die in diesem Buch nach Gott Ausschau halten? 52 Frauen und Männer haben aus Anlass des Papstbesuchs in Österreich beschrieben, was es ihnen bedeutet, heute Christen zu sein; solche, die immer wieder Gott (mit dem Fernrohr) ausfindig machen wollen und andere, die vom Blick Gottes getroffen ihr Leben in eine andere Richtung gelenkt haben.

Es handelt sich, wie der Untertitel sagt, um Bekenntnisse aus dem Alltag. Bemerkenswert ist die Auswahl der Personen. Sie reicht von Bauern und Handwerkern bis zum Universitätsprofessor und zur Bankmanagerin, von Jugendlichen bis zu Pensionisten, von Überzeugten und Bekehrten bis zu Skeptikern auf dem Weg durch die spirituelle Wüste. Daraus ergibt sich ein unglaublich facettenreiches Bild: Längst ist nicht mehr die „institutionell verordnete, klar vorgegebene und reglementierte Religiosität“ das tragfähige Fundament christlichen Glaubens, schreibt Luitgard Derschmidt, die Präsidentin der Katholischen Aktion, im Vorwort, sondern „eine erwachsene Entscheidung, frei und selbstbestimmt“.

Frei und selbstbestimmt sind daher auch die Stellungnahmen. Manche erklären distanziert, wie sie das Christentum verstehen, andere legen berührende Lebensberichte vor. Da gibt es Menschen, die aus einem gesicherten religiösen Umfeld kommen, und andere, die durch ein plötzliches Damaskus-Erlebnis den Zugang zum Glauben gefunden haben. Zwei Frauen berichten von ihrer Scheidung und auf welches kirchliche Unverständnis sie gestoßen sind. Kritik an der Kirche wird nicht verschwiegen, für Zwangszölibat, Stillstand der Ökumene und römischen Zentralismus gibt es kein Verständnis mehr. „Dass unter der Kuppel der Kirche ein Netz gespannt ist, damit der Verputz nicht direkt auf die Betenden herunterfällt, gehört auch zum Bild meiner Kirche.“

Wer das Buch durchliest, wird sich da und dort wiederfinden und den „wohltuenden Unterschied zwischen Gottesreich und Kirche“ klarer wahrnehmen. Alle, die sich in die Seiten dieses Buches eingeschrieben haben, wissen sich in der Sichtweite Gottes; viele meinen aber, dass die Kirche als Amt und Institution zu oft die Fensterläden geschlossen hält, als könnte dadurch dem Auge Gottes der Durchblick verwehrt werden.

Py

Fortsetzung von Seite 33

lebendig, eine „Perversität des Religiösen“, wie sie P. Josef nennt, ohne sich ein Blatt vor den Mund zu nehmen.

Unermüdlich publiziert er Bücher und Hefte in Millionenaufgabe. Er ist ein hoch qualifizierter Theologe und spricht viele Sprachen fließend. Trotzdem beherrscht er eine allgemein verständliche Sprache und

scheut sich nicht, theologische und kirchenrechtliche Haarspaltereien mit einfachen Worten auszuhebeln. Christus ist unser Freund, sagt er, er herrscht nicht sondern er liebt, und er führt uns verlorene Söhne und Töchter in die Umarmung des Vaters. So einfach ist der „josefinische“ Glaube, und so anders, als wir ihn gelernt haben.

Event-Flaute

■ PETER PAWLOWSKY

Sollte an dieser Stelle ein kirchliches/christliches/religiöses Ereignis erwartet werden, so muss ich passen. Ja, der Papst war in Lourdes und Madonna ist in Wien erschienen, aber all das ist hierzulande im Wahlkampf untergegangen. Auch darin versteckte sich Christliches. „Die Christen“ haben kandidiert und 0,6 Prozent erreicht. Mehr gibt es davon offenbar nicht. Und da ist auch noch die ÖVP, die einmal christlich-sozial war und auf das niedrigste Resultat seit 1945 geschrumpft ist. Böse Zungen behaupten: Weil sie seit dem ominösen Jahr 2000 weder christlich noch sozial ist. Das dritte Jahrtausend hat ihr nicht gut getan.

Die Christen, sagte vor kurzem Kardinal Schönborn, müssen offener für Fernstehende werden. Wie wahr! Das ist auch ein treffender Ratschlag für die Verliererparteien, und die Kirche könnte, nach Schönborns Wort, mit gutem Beispiel vorangehen. Tut sie es? Zum Beispiel indem sie wiederverheiratete Geschiedene oder die Ehepartner anderer Konfession herzlich einlädt, aber wenn's ums Essen geht, nämlich um das Brot des Lebens, kriegen sie nicht einmal die Brösel, die vom Tisch der Rechtgläubigen fallen. Das wäre ein Event nicht nur des Quartals, sondern des Jahrhunderts, würde sich die römische Kirche von der Fiktion verabschieden, dass gescheiterte Ehen aufrecht sind, und würde sie sich zur eucharistischen Gastfreundschaft entschließen.

Es gäbe sogar noch einfachere Schritte, die höchstens zum Event des Jahrzehnts zu zählen wären, aber immerhin: Ein Bischof könnte lauthals den Umgang mit Asylanten kritisieren und sein Haus für Menschen öffnen, die von der Fremdenpolizei gegen jedes Menschenrecht abgeschoben werden sollen. Die Polizei würde sich wahrscheinlich scheuen, eine Hausdurchsuchung im

Bischöflichen Palais durchzuführen und das Verfassungsgericht hätte weniger Arbeit.

Jede Chance also, mit sichtbaren Events zu punkten und sich nicht auf Papstauftritte mit Massenzulauf zu beschränken. Dagegen lese ich in der kathpress der letzten Wochen vom Einsatz für den Regenwald, von Familienförderung und Entwicklungshilfe. Dagegen kann kein Christ etwas haben, auch nicht gegen die Forderung nach „gläubwürdigen Politikern“ vor der Wahl oder nach einer „verantwortungsbewussten Politik“ nach der Wahl. Längst ist bekannt, dass Worte weniger wirken als das Beispiel. Wer also mahnt die Kirche, eine gläubwürdige und verantwortungsvolle Politik zu treiben?

Der Wiener Bürgermeister Häupl hat zu Recht ausgerufen: „Dieselben, die früher gesagt haben, die Juden seien an allem Schuld, sagen heute, die Ausländer seien an allem Schuld.“ Tatsächlich waren unter denen, die früher gegen die Juden gehetzt haben, allzu viele Christen. Da hat die Kirche gelernt, 70 Jahre nach der „Reichspogromnacht“. Aber heute sitzen im neu gewählten Parlament Leute wie jene Grazerin, die den Propheten Muhammad einen Kinderschänder genannt hat, und zwar mit dem Mandat einer Partei, die zur Verteidigung des Christlichen Abendlandes angetreten ist.

Soll ich also froh sein, dass es außer den „Christen“ noch ein paar Christen gibt, die unsere Tradition hochhalten, während in Oberösterreich ein islamischer Friedhof geschändet wurde? Das ist ein Event, zweifellos, sogar einer, der mit Religion zu tun hat, ein Event des Quartals, weil leider solcher Unfug alle paar Monate passiert. Aber sonst habe ich auf der Suche nach einem kirchlich/christlichen Event nichts gefunden. Sorry. Ich werde weiter suchen.

■ Ein Bischof könnte lauthals den Umgang mit Asylanten kritisieren und sein Haus für Menschen öffnen, die von der Fremdenpolizei gegen jedes Menschenrecht abgeschoben werden sollen.

Theologie als Theodizee

Johann Baptist Metz zum 80. Geburtstag

■ HENNING KLINGEN



Henning Kligen, Wissenschaftliche Tätigkeit am Erfurter Lehrstuhl für Christliche Weltanschauung, Religions- und Kulturtheorie, Redakteur bei der katholischen Nachrichtenagentur Kathpress.

Was treibt jemanden dazu, leidenschaftlich Theologie zu treiben? Viele sprechen vom „Fascinatum“, von der Ergriffenheit von Gott, die sie zur Theologie getrieben hat. Bei Johann Baptist Metz, dem großen deutschen Theologen, der am 5. August seinen 80. Geburtstag feierte, war es stets das Gegenteil, die dunkle Seite Gottes, das „Tremendum“, das ihn bewegte und welches ihn zu einem der innovativsten Theologen der Nachkriegszeit werden ließ.

Wo andere Theologen nach Kriegsende zum theologischen Alltagsgeschäft zurückkehrten und die dunklen NS-Jahre gleichsam als historischen „Fehler in der Matrix“ übersprangen, wurde für Metz diese Erfahrung zur Unterbrechung und zum Anstoß seiner Rückfrage an Gott. „Warum“, so fragte Metz etwa seinen Lehrer Karl Rahner, „habt ihr uns von diesen Katastrophen nichts erzählt? Warum sieht man unserer Theologie die Leidensgeschichte der Menschen so wenig an?“ Religion „nach Auschwitz“, dies ist für Metz fortan nur mehr denkbar im Widerspruch gegen Gott sowie im Widerspruch gegen jene, die im Angesicht der Leidenden gelingendes Leben spirituell umschlungen zelebrieren.

Das theologische Programm, das Metz seit Anfang der 1960er Jahre in einem fruchtbaren Dialog etwa mit Theodor W. Adorno und – bis heute – Jürgen Habermas entwickelte, benannte er als „Neue Politische Theologie“. Ihr Grundimpuls: Wo

Leidenserfahrungen die Hoffnung auf eine konsistente Heilsgeschichte Gottes brüchig werden lassen, dort ist der Mensch aufgerufen, sozusagen „Gott zum Trotz“ Geschichte endlich als seine eigene Geschichte zu begreifen und Erlösungshoffnung in Befreiungshandeln umzumünzen.

Der Terminus der „Neuen Politischen Theologie“ darf dabei nicht auf den Begriff einer realpolitisch informierten Theologie verengt werden. „Politisch“ bedeutet vielmehr „öffentlich-belangvoll“. Damit richtet sie sich bis heute „gegen die Selbstprivatisierungssymptome in der Theologie und im Christentum“, d.h. gegen den Reflex der Einigelung der Theologie in überkommener Heilsrhetorik. Zugleich tritt Metz



damit jener alten „Politischen Theologie“ des NS-Staatsrechtlers Carl Schmitt entgegen. Hatte dieser unter demselben Begriff ein Konzept der religiösen Legitimation staatlicher Hegemonie und totalitärer Gewalt formuliert, so geht es Metz stets um das Gegenteil: die gesellschaftliche Emanzipation des einzelnen Individuums.

Dass man die Metz'sche „Neue Politische Theologie“ heute als eine der letzten profilierten Theologien bezeichnen kann, liegt nicht zuletzt darin begründet, dass sie ihre Produktivität ständigen Kämpfen verdankt. Das bekannteste „Scharmützel“ ist dabei wohl der seit 30 Jahren andauernde Streit zwischen Metz und dem damaligen Erzbischof von München, Joseph Ratzinger.

Dieser hatte Metz 1979 einen Ruf an die Universität München verwehrt. Schließlich lehrte Metz bis zu seiner Emeritierung 1993 in Münster, im Anschluss daran hatte Metz eine Gastprofessur an der Universität Wien inne.

Entgegen aller Bestreitungen insbesondere von Seiten einer sich am Freiheits- und Subjektpathos des deutschen Idealismus abarbeitenden Transzendentaltheologie ist die „Neue Politische Theologie“ ein Projekt mit Zukunft. Im Zentrum „moderner“ Politischer Theologie stehen heute etwa die Fragen nach dem Verhältnis von Religion und Politik, nach der Rolle der Theologie als Disziplin der Kulturwissenschaften oder aber die Frage nach einer „politischen Christologie“. Immer jedoch bleibt der alte Unterbrechungsanspruch der Politischen Theologie gegen jede Form der Verzweckung des Glaubens erhalten – eine Mahnung, die Manemann wie folgt auf den Punkt bringt: „Wo immer der ‚homo religiosus‘ wieder gefragt ist, muss der ‚homo christianus‘ auf der Hut sein.“

Theologe Metz warnt vor „Bologna-Theologie“

KATHPRESS-Tagesdienst, 5. Aug. 2008

Kritik an der heutigen universitären Theologie übt der Münsteraner Theologe em. Prof. Johann Baptist Metz. Wie Metz in einem Interview mit der Schweizer theologischen Fachzeitschrift „Orientierung“ aus Anlass seines 80. Geburtstags betont, drohe der Theologie unter dem Druck der Bologna-Reformen eine „kadettenschulartige Nivellierung“ und Zurechtstufung zu einer reinen „Bologna-Theologie“. „Profilierte“ Theologie sei nur mehr selten anzutreffen, die straff geregelten Curricula überdeckten die für die Theologie notwendigen Frei- und Entfaltungsräume, so Metz.

Von Gott gewollt?

Zölibat ohne Zukunft

Zwei Bücher beschäftigen sich mit den bisher meist verschwiegenen Lebensgeschichten verheirateter Priester. „Mut zum vollen Leben“ ist der Titel des einen (Edition neue Wege 2004), „Von Gott gewollt“ titelt das andere (Böhlau 2008), beide von Anton Grabner-Haider herausgegeben. 100.000 Priester haben weltweit in den Jahren nach dem Konzil ihr Amt niedergelegt, 1.000 davon allein in Österreich. Manche von ihnen haben andere Berufe gefunden, manche hatten eine vorübergehende Unterstützung ihrer bisherigen klerikalen Arbeitgeber, viele aber wurden auf menschenverachtende Weise ausgestoßen und die Erinnerung an sie hat man amtskirchlich nach Möglichkeit getilgt. Der Zölibat der Priester, eine disziplinäre Tradition, wurde insgeheim zu einer Art Dogma stilisiert. Daraus ergaben sich berührende und tragische Schicksale von Priestern, ihren Frauen und Kindern, die die beiden Bücher zu einer aufwühlenden Lektüre machen.

Somit stehen wir vor einer widersprüchlichen Kirchenpolitik, die über den Mangel an Priestern klagt, während sie Tausende davon an ihrem Dienst hindert. Peter Paul Kaspar, der ein Vorwort zum Buch „Von Gott gewollt?“ geschrieben hat erinnert sich an den Eid zur lebenslangen Zölibatsverpflichtung; es war, schreibt er, „ein kollektiver Meineid“. Denn erstens verbietet Jesus das Schwören überhaupt, und zweitens schien es nach dem Konzil nur eine Frage weniger Jahre, bis die Pflicht zur priesterlichen Ehelosigkeit aufgehoben würde.

Seither sind vier Jahrzehnten vergangen, und nichts ist geschehen. Hubert Feichtlbauer hat das Nachwort zum Buch „Von Gott gewollt“ geschrieben, einen scharfen Klartext zum Thema. Er hat uns (im Einvernehmen mit dem Verlag Böhlau) diesen Text für *Quart* zur Verfügung gestellt. *py*

■ **Der Zölibat der Priester, eine disziplinäre Tradition, wurde insgeheim zu einer Art Dogma stilisiert.**



Anton Grabner-Haider (Hrsg.)
Mut zum vollen Leben.
Verheiratete Priester in Österreich
Edition NEUE WEGE 2004,
171 Seiten, € 15,-.



Anton Grabner-Haider (Hrsg.)
Von Gott gewollt?
Verheiratete katholische
Priester und ihre Familien
Böhlau 2008,
197 Seiten, € 19,90.

Der lange Weg zur Ehrlichkeit

■ HUBERT FEICHTLBAUER



Hubert Feichtlbauer war Chefredakteur der „Wochenpresse“, des „Kurier“, der „Furche“ und zuletzt Leiter der Presseabteilung der Bundeswirtschaftskammer. Er war Vorsitzender der Plattform „Wir sind Kirche“ und viele Jahre Vorsitzender des Verbandes Katholischer Publizisten Österreichs.

Ehelosigkeit „um des Himmelreiches willen“ kann einen hohen Wert repräsentieren. Tausende katholische Priester halten ihr Zölibatsgelöbnis ein, verzehren sich im Dienst an den ihnen anvertrauten Gläubigen, dienen Gott und der Kirche unter größtem Energieaufwand, wie es diese gebietet. Als gläubiger katholischer Christ neige ich mich vor ihnen in Respekt und Dankbarkeit. Aber ich neige mich nicht vor einer Haltung der Kirchenleitung, die beharrlich und mit immer schlechteren Begründungen einen Diskurs darüber verweigert, ob Jesus den Vollzug der Eucharistiefeier und letztlich das gesamte irdische Geschick der Kirche ausschließlich Männern anvertraut sehen wollte, die noch dazu ein Leben lang ihre Sexualität verdrängen müssen.

Die meisten Apostel waren verheiratet

Jesus war unverheiratet. Ein Wanderprediger, der Weib und Kind zu Hause lässt, um in Wüstendörfern und auf Bergen „Menschenfischer“ zu spielen, hätte sich vielleicht wirklich als Werbeikone für seine Religion schwer getan. Aber die meisten seiner Apostel waren verheiratet und nahmen später auch ihre Frauen auf ihre Missionsreisen mit. Auch Simon Petrus, der erste Papst, war verheiratet: Die Bibel (Markus 1,30) berichtet von seiner Schwiegermutter. Paulus war, das verraten seine Schriften, kein Advokat der Ehe. „Es ist gut für den Mann, keine Frau zu haben“, schrieb er im ersten Korintherbrief. Nur „wegen der Gefahr der Unzucht“ gestand er Männern Ehefrauen zu. Dieser Rat galt freilich nicht nur den für religiöse Dienste Erwählten, sondern allen Christen – und stand im Zeichen der damals verbreiteten

Überzeugung von der nahen Wiederkehr des Herrn (Parusie). Die Ehe galt als Einrichtung der irdischen Welt – im Reich Gottes wird nicht mehr geheiratet (Markus 12, 25).

Die Kirche hat sich – aus nahe liegenden Abgrenzungsgründen – früh aus dem jüdischen Milieu herausgeschält, in dem eine patriarchalisch regulierte eheliche Sexualität als natürliche Selbstverständlichkeit galt, und sich in die griechische Lebenswelt hinein verabschiedet: eine verhängnisvolle Weichenstellung. Hier regierten der strenge Dualismus von Seele (gut) und Leib (schlecht) und Vorbehalte gegen das, was nicht rational an Sexualität war: das Triebhafte, das „Tierische“, das Unwiderstehliche. Schon der Kirchenlehrer Origenes († um 254) verkündete eine These, die von manchen noch heute geteilt wird: Die Ursünde der ersten Menschen sei Sex zwischen Adam und Eva gewesen. „Liebt eure Frauen, aber liebt sie keusch!“, gebot Augustinus im vierten Jahrhundert. „Haltet euch im Verkehr mit ihnen innerhalb der für die Zeugung von Kindern notwendigen Grenzen (...) Steigt herab (zum Verkehr) mit Bedauern – diese Notwendigkeit ist die Bestrafung jenes Adam, von dem wir abstammen.“ Hundert Jahre später beschied Papst Leo I.: „In keiner Mutter erfolgt Empfängnis ohne Sünde“ – einige Stimmen von vielen.

Sex bleibt „schmutzig“ bis heute

Die schreckliche Vorstellung von der „Unreinheit“ körperlicher Liebe war geboren. Das Skandalon bestand nicht in den Schlussfolgerungen, die man aus damals unangefochtenen Prämissen zog. Das Skandalon besteht darin, dass man bei

falschen Schlussfolgerungen bis heute bleibt, auch wenn niemand mehr die Prämissen als gültig anerkennt. Kirchenvater Chrysostomos († 407) sprach das Recht auf Ehe nur jenen zu, die mit ihren Begierden anders nicht fertig zu werden glaubten. Augustinus († 430) nannte die Geschlechtsorgane „hässliche Körperteile“ („obscoenae partes“). Die Vorstellung, Maria könnte mit Josef ehelichen Verkehr gehabt haben, erweckte Abscheu; Origenes sprach von einer „Verbindung besonderer Art“, die als „Josefsehe“ bis heute durch weltfremde Schriften geistert. So wurden die in der Bibel erwähnten „Brüder Jesu“ (Lukas 8,19ff.) zu „nahen Verwandten“, Sex zur Sünde aller Sünden und die Ehelosigkeit zum Ausweis besonderer Gottesnähe.

Vom Teil- zum Totalverzicht

Die sich daraus für Priester ergebenden Konsequenzen lagen nahe. Ein (damals im Regelfall verheirateter) Priester, der eben noch die „obszönen Teile“ seiner Frau berührt hatte, konnte doch nicht gleich in der Frühmesse den Leib des Herrn in seine Hände nehmen. Also wurden noch und noch verschärfte Regeln eingeführt, wie viele Stunden vor einer Messfeier ein Priester sich des ehelichen Verkehrs zu enthalten hatte (so wie allen Gläubigen aus Respekt vor dem Herrenleib ein Speis- und Trankverzicht auferlegt wurde). Als pro Jahr schon rund 150 sexfreie Tage zusammengekommen waren und die tägliche Messfeier immer mehr zur allgemeinen Regel wurde, musste der Teil- zum Totalverzicht mutieren. Schon seit dem 4. Jahrhundert gab es Zölibatsforderungen für Priester. Da sich diese aber nicht durchsetzten, wurde Papst Innozenz II. vor der Synode von Clermont 1130 sehr deutlich: „Da Priester Tempel Gottes sein sollen (...), verletzt es ihre Würde, im Ehebett zu liegen und in Unreinheit zu leben.“ Das Zweite Laterankonzil verkündete 1139 mit Brief und Siegel: Bestehende Priesterehen sind null und nichtig, künftig darf kein Priester mehr eine Ehe eingehen!

Freilich gab es auch noch eine zweite, nicht unwesentliche Komponente. Der Betriebswirtschafter Egon Franck beschrieb sie am 23. Dezember 2006 in der „Neuen Zürcher Zeitung“ so: „Kirchen und ihre Güter gehörten nicht den Kirchengemeinden, sondern waren meist im Besitz der Landesherren, auf deren Boden sie standen. Diese konnten sich selber und ihre Kinder in Priester- und sogar Bischofsämter einsetzen und diese mitsamt dem physischen Vermögen weitervererben.“ Das führte zu einer „Diffusion“ der Kirchengüter und einem abnehmenden Einfluss der Kirche. Ihr wirkte der Pflichtzölibat entgegen, der ein Abdriften von Kirchengütern in private Hände und das Entstehen geistlicher Erbdynastien verhinderte.

Der Zölibat und das Geld

Heute, so auch Professor Franck, „ist das Argument der Kirchengüter-Diffusion weitgehend irrelevant, denn Eigentum ist in modernen Rechtsordnungen auf andere Weise durchsetzbar“. Freilich spielt Geld auch heute bei der Verteidigung des Pflichtzölibats eine Rolle, auch wenn – und das ist das Unredliche daran – davon öffentlich nie die Rede ist. Aber natürlich würden verheiratete Priester samt Kindern mehr kosten als ein Single (auf Lateinisch: „caelebs“) mit schlecht bezahlter Haushälterin. Freilich: Wenn man an die Dollarbeiträge in mehrstelliger Millionenhöhe denkt, die US-amerikanische Diözesen in den letzten Jahren unter dem Druck öffentlicher Schadenersatzprozesse an Missbrauchsoffer gezahlt haben (die auch in Europa schon eine relevante Rolle spielen), wenn man ferner an die oft gar nicht mehr geringen Aufwendungen auch hierzulande für Priesterfrauen und Priesterkinder denkt, die diskret geleistet werden, um Aufsehen zu verhindern, und wenn man sich fragt, ob nicht glückliche Priester auch in der Kosten-Nutzen-Rechnung der Kirche bessere Ergebnisse bringen als einsame, traurige und überforderte Neurotiker – dann dürften solche Überlegungen kein Tabu mehr sein.

■ Dass tausende Priester die lebenslange Enthaltensamkeit nicht geschafft haben, einfach zuwenig gebetet hätten, ist für viele Gläubige heute nicht mehr nachvollziehbar.

■ „Den Zölibat als geistliche Kraft dürfen wir auf keinen Fall verlieren (...) Einfach zu sagen, Priester sollen heiraten dürfen, schafft nur neue Probleme.“
(Bischof Egon Kapellari)

Ererbte Standhaftigkeit?

Einig war man sich immer, dass das Charisma freiwilliger Ehelosigkeit eine Gnade, ein Geschenk, eine „Gabe von Gott her“ (1 Kor 7,7) sei. Immer öfter wurde in der Folgezeit behauptet, dieses Geschenk sei erbittbar. „Gott wird es denen, die ihn (darum) in rechter Weise bitten, nicht verweigern“, versprach das Konzil von Trient im 16. Jahrhundert. Dass aber tausende Priester, die seither die lebenslange Enthaltensamkeit nicht geschafft haben, einfach zu wenig gebetet hätten und damit zu wortbrüchigen Verrätern geworden wären, ist auch für viele Gläubige heute nicht mehr nachvollziehbar.

Auch das Zweite Vatikanische Konzil bewältigte den schweren Zölibatsbrocken nicht. Zwar hütete es sich, die zeitbedingten kultischen, leibfeindlichen Reinheitsmotive als Begründung für das Kirchengesetz zu wiederholen und erwähnte lobend sogar die Zulassung verheirateter Männer zum Priesteramt in den orthodoxen, aber auch den mit Rom vereinten (unierten) Ostkirchen, was allein schon die These, sexuelle Betätigung mache einen Menschen unwürdig für den priesterlichen Dienst, ad absurdum führt. Aber von der Vorstellung, Ehe und Familie hinderten Menschen an letzter Gottesnähe, wollte man noch immer nicht lassen und blieb deshalb dabei, dass ein zölibatär lebender Priester „leichter ungeteilten Herzens Christus anhängen kann“.

Die Konzilsväter räumten im Priesterdekret (16) ehrlicher Weise ein, die vollkommene Enthaltensamkeit „ist nicht vom Wesen des Priestertums selbst gefordert, wie die Praxis der frühesten Kirche und die Tradition der Ostkirchen zeigen“. Aber er sei „in vielfacher Hinsicht dem Priestertum angemessen“.

Eine allgemeine Debatte darüber entzog der in Vielem so mutige Papst Johannes XXIII. den versammelten Bischöfen, weil auch er um die „Reinheit“ der Priester in aller Welt fürchtete, wie Heinz-Jürgen Vogels in seiner „kritischen Untersuchung“ zum Thema „Pflichtzölibat“ (Kösel-Verlag 1978) schrieb.

Vollkommenes persönliches Verhältnis zum Geheimnis Christi

Weil aber auch die Päpste wissen, dass heutzutage Diskussionsverbote absolut kontraproduktiv sind, kam Paul VI. 1967 in einer eigenen Enzyklika *Sacerdotalis caelibatus* auf die weiterhin geforderte Ehelosigkeit der Priester zurück und feierte als deren „wahren und tieferen Beweggrund die Wahl eines inneren und vollkommeneren persönlichen Verhältnisses zum Geheimnis Christi und der Kirche“. Vollkommener noch als vollkommen: Diese Vorrangstellung hob auch eine bald darauf in den Päpstlichen Laienrat aufgenommene Vielkindermutter nicht auf! Immerhin ist heute auch katholischerseits unbestritten, dass das Zölibatsgesetz nicht auf göttliches Recht zurückgeführt werden kann und Ehelosigkeit als Charisma nicht immer durch viel Beten erzwingbar ist. Das haben ja die vatikanischen Behörden indirekt anerkannt, wenn sie nach 1964 „säkularisierte“ Priester vom Zölibatsgesetz dispensierten. Leider hat Johannes Paul II. diese von Paul VI. eingeführte Regelung nicht weitergeführt und viele Tausende Dispensansuchen katholischer Priester einfach unbeantwortet gelassen. Das hat der ehemalige Innsbrucker Diözesanbischof Reinhold Stecher in einem 1998 von ehrlicher Besorgnis diktierten Rundbrief an Amtsbrüder als „unbarmherzig“ beklagt, was ihm vom damaligen Klagenfurter Diözesanbischof Egon Kapellari den Vorwurf „emotionaler Verstiegenheit“ eintrug.

Zölibat in Zeiten des Priestermangels

Um den Wechsel der Begründungen für den Pflichtzölibat der Diözesanpriester zu vervollständigen, muss noch hinzugefügt werden, dass in jüngster Zeit immer häufiger auch von Vertretern der Kirchenleitung damit argumentiert wird, die Beseitigung dieses Gesetzes würde nur neue Probleme schaffen. Wiederholt schon hat der Wiener Erzbischof, Kardinal Christoph Schönborn, sinngemäß die rhetorische Frage gestellt: Wollen wir zölibatäre gegen geschiedene

Priester eintauschen? Und Bischof Kapellari sagte in einem Interview mit der Wiener Tageszeitung „Der Standard“ im April 2006: „Es stimmt, dass der Priestermangel gerade in deutschsprachigen Ländern sehr groß ist. Weltweit gesehen, gibt es aber vielerorts eine große Zahl an Priestern. Wir können aber nicht regionale oder kontinentale Sonderlösungen machen.“ Und weiter: „Den Zölibat als geistliche Kraft dürfen wir auf keinen Fall verlieren (...) Einfach zu sagen, Priester sollen heiraten dürfen, schafft nur neue Probleme.“

An solchen Aussagen ist vieles hinterfragenswert. Zwar wächst die Zahl katholischer Priester weltweit, aber wenn man sie in Beziehung zum noch viel rascheren Wachstum der Gläubigen in Afrika und Asien setzt, kommen auch weltweit heute weniger Priester auf ein Kirchenmitglied als vor 10 oder 20 Jahren. Warum aber soll der Zölibat, wenn er ein gestaltbares Kirchengesetz ist, nicht sehr wohl zunächst nur probeweise in bestimmten Regionen freigestellt werden? Bewähren sich Priesterehen ad experimentum, könnten sie für die ganze Kirche übernommen werden – erweisen sie sich als Fehlschlag, wird das Experiment abgebrochen, ohne dass die gesamte Kirche damit belastet worden wäre.

Natürlich würden auch manche Priesterehen scheitern – aber sollten nicht „Freude und Hoffnung, Trauer und Angst“ gemäß Konzilswillen sich auch in der Kirche Christi widerspiegeln? Keine ernst zu nehmende Reformgruppe möchte einen wirklich freiwilligen Eheverzicht aus dem Leben der Kirche verbannen – nicht im Diözesanpriestertum und schon gar nicht in den Orden, wo er mit Tiefgang gepflegt werden kann. In der Ordensfamilie findet sich jedes Mitglied in jedem Lebensalter geborgen, während für Weltpriester Einsamkeit nicht selten zum noch größeren Problem als der Sexverzicht werden kann.

Fall des Pflichtzölibats löst nicht alle Probleme

Nüchtern denkende Kirchenreformer sind keine Träumer. Sie wissen: Auch ohne

Pflichtzölibat für Weltpriester werden sich Seminarien und Pfarrhöfe nicht über Nacht wieder füllen.

Aber wenn der emeritierte Wiener Weihbischof Helmut Krätzl in seinem Buch „Eine Kirche, die Zukunft hat“ (Styria 2007) davon berichtet, dass sich von den Studenten der Katholisch-Theologischen Fakultät der Universität Wien 29 Prozent zum Priestertum berufen fühlen, aber nur 9 Prozent Priester werden wollen, könnte man doch an mögliche Zusammenhänge denken.

Den immer dramatischer werdenden Priestermangel mit dem Argument abzuschmettern, auch Eucharistie sei ein Gottesgeschenk ohne Rechtsanspruch (so ein Kurienkardinal bei der Weltbischofssynode 2005), stieß weltweit auf Widerspruch: Darf denn kirchliches Disziplinarrecht Gottes Gnade bremsen?

Doppelbödiges Scheinheiligkeit abgelehnt

Mindestens so wichtig wie eine wachsende Zahl lebensbejahender, gesunder, neurosenfreier Priester ist für die katholische Kirche aber auch der Zugewinn an Glaubwürdigkeit. Früher einmal mochte man mit Fassadenmoral, hinter der sich menschliche Schwächen verstecken ließen, zufrieden gewesen sein. Von heutigen Generationen wird doppelbödiges Scheinheiligkeit verachtet.

Die Erfahrung lehrt: Mit Priestern als Vätern und mit Priesterkindern findet sich eine Pfarrgemeinde schon heute ab, weitgehend auch mit homosexuellen Pfarrern – mit einem kirchenoffiziellen Versteckspiel und der Demütigung getarnter Priesterfrauen nicht!

Wenn die Kirchenleitung nicht bereit ist, über alle Aspekte des Pflichtzölibats – vom Sex bis zum Geld, vom Menschenrecht auf Ehe bis zum Christenrecht auf Eucharistie – offen und öffentlich, ehrlich und barmherzig zu diskutieren, verspielt sie in einem weiteren Bereich viel Glaubwürdigkeit, die ihr bei der Verkündigung ihrer Lehre, dass Gott die Liebe ist, schon bitter fehlt.

■ Darf denn kirchliches Disziplinarrecht Gottes Gnade bremsen?

Der Dengler der österreichischen Literatur

Ein Nachruf auf Wendelin Schmidt-Dengler

■ CORNELIUS HELL



Cornelius Hell, Germanist und Theologe, war Leiter des Feuilletons der Wochenzeitschrift „Die Furche“. Überdies Übersetzer und Herausgeber litauischer Literatur, Gestalter zahlreicher Radiosendungen zu Themen der Literatur, Philosophie und Religion.

„WSD anrufen“ steht noch immer auf meiner Schreibtischunterlage, während ich diese Zeilen schreibe. Denn auf diesen Seiten sollte eigentlich das Interview mit Wendelin Schmidt-Dengler über die Zustände und Entwicklungen der Universitäten und sein Unbehagen daran stehen. Über das Anden-Rand-gedrängt-Werden der Geisteswissenschaften und die Auswirkungen des Bologna-Prozesses wollten wir sprechen und über die neuen Bezeichnungen der Studien und akademischen Grade. Wenn es um die Universität ging und um das, was er für unverzichtbare Wissenschaftstradition hielt, konnte Schmidt-Dengler sehr kämpferisch sein. Vor allem war er gegen den Abbau der Mitbestimmung von Studenten und Instituten zugunsten der zentralen Macht des Rektorates und gegen die Fixierung auf sogenannte Eliten.

Jetzt kann ich nur mehr froh sein, dass es diesen Platz in Quart gibt, um noch einmal über ihn nachzudenken. Denn am Nachruf-Wettlauf der aktuellen Medien konnte ich mich nicht beteiligen.

Eine Starre, ein wortloses Entsetzen hielt mich tagelang nach seinem Tod gefangen; es war, als wäre in der eigenen Familie jemand gestorben. Und wenn ich heute sein Bild sehe, glaube ich noch immer, es ginge um seine nächste Veranstaltung. Sein Esprit und seine drängend schnelle Redeweise

haben jeden seiner Auftritte zu einem Ereignis gemacht.

„Für Wendelin Schmidt, den Dengler der österreichischen Literatur“ hat ihm Friedrich Achleitner als Widmung in ein Buch geschrieben. Für viele Autorinnen und Autoren war er ein wichtiger und herausfordernder Gesprächspartner, „Gedengelt“, geschärft und zugespitzt hat er auch zahlreiche Debatten, und nie wurde ein Gespräch stumpf, wenn er daran beteiligt war. Er war weit über die Universität hinaus eine öffentliche Person, und die vielen Zusagen für Reden, Diskussionen, Artikel und Rezensionen,

die er gab, mussten einem manchmal Angst machen um seine Kraft und Gesundheit. Die sichtbare Lust, mit der er all das tat, haben mich immer wieder beruhigt: Wer aus Liebe zur Sache arbeitet, so dachte ich, für den ist Arbeit ein Lebenselixier.

Wenn er gefragt wurde, war ihm keine Sache zu klein und unbedeutend. Und auch kein Mensch. Es ist nicht lang her, da wollte ich ihn telefonisch einladen, wieder einmal „Gedanken für den Tag“ in Ö1 zu machen. Kaum war er frei und sah die Nummer am Display, rief er sofort zurück – ohne zu wissen, wer ihn überhaupt angerufen hatte. Und wenn man mit ihm debattierte, sei es in der Ö1-Soiree oder privat, so war das Gespräch von ihm her immer auf Augenhöhe. Während geringere Geister als



er ihre Bedeutung oder einfach nur ihre Chefposition dadurch zelebrieren, dass sie andere erniedrigen, wurde man von ihm gleichsam erhöht: nach dem Zusammensein hatte man das Gefühl, mehr wert zu sein. Zwischen alter Ordienarienherrlichkeit und jener modischen Lässigkeit im Umgang, für die das allgemeine Du-Wort zur Selbstverständlichkeit wird, wusste er ein menschliches Maß des Abstandes zu kultivieren – des Abstandes von gegenseitigem Respekt.

Dabei erinnere ich mich noch an die Enttäuschung, als ich ihn das erste Mal gesehen habe: Der sieht aus wie ein Beamter, dachte ich und hatte ihn mir aus einen Texten ganz anders vorgestellt. Das kann nur daran gelegen sein, das ich damals sein Lächeln noch nicht kannte – seine unendlichen Varianten zwischen freundlicher Zugewandtheit und Schalk, zwischen Begeisterung, Ironie und Güte. In diesen Nuancen hat die Literatur, für die er gelebt hat, ihre Spuren in seinem Gesicht und in seinem Blick hinterlassen.

Die Literatur

Sie hat in ihm ihren wichtigsten Anwalt in Österreich verloren. Und einen Forscher und Herausgeber, der noch viel vorhatte. Die neue Thomas Bernhard-Ausgabe ist ebenso mit seinem Namen verknüpft wie der Nachlass Heimito von Doderers, und wer sich mit Ernst Jandl beschäftigt, kommt an ihm nicht vorbei. Sein Herz und Hirn gehörte avantgardistischen Schreibweisen, aber in schier grenzenloser Neugier hat er sich auch auf Autorinnen und Autoren mit einem ganz anderen Literaturverständnis eingelassen und auch die neuesten Bücher der nachkommenden Generation gelesen.

Vor allem in seinen zahlreichen Vortragsreisen ist Schmidt-Dengler weit über Österreich hinaus wirksam geworden, und wenn er von seinem Dissertanden-Seminar erzählte, war er besonders darauf stolz, dass seine Mitglieder aus ganz Europa kamen, vornehmlich aus Mittelosteuropa, und was die Germanistik aus dieser internationalen Perspektive an neuen Horizonten gewinnt. Umgekehrt war er selbst in der Weltliteratur und vor allem in der Antike zu

Hause (promoviert hat er über Augustinus, habilitiert über die Wirkungsgeschichte antiker Mythologie in der Goethezeit). Seine Konzentration auf die österreichische Literatur hatte gerade darum nie etwas Provinziell-Patriotisches an sich.

Unvoreingenommene Herangehensweise

Wie Schmidt-Dengler ein Methodenpluralist war, so haben ihn auch viele Themen interessiert. Darunter auch die Berührungspunkte von Literatur und Religion. Das ist keineswegs selbstverständlich, gibt es doch genug Literaturwissenschaftler, die sich bei religiösen Themen und Assoziationen die Ohren zuhalten, auch wo diese unabweisbar in einem Text zutage treten. Gleichzeitig hatte er eine sichere Distanz zu jenen theologisch geprägten Interpreten der Literatur, die quasi mit einem Gottesdetektor durch ihre Texte fahren und glücklich sind, wenn sie irgendwo Religionsfragmente fischen. Ein Zeugnis seiner unvoreingenommenen Herangehensweise an das Thema ist auch der Vortrag über religiöse Motive in der modernen Literatur, den er 2006 auf Einladung des Katholischen Akademikerverbandes und der Evangelischen Akademie gehalten hat.

Nicht nur das Germanistik-Institut der Universität Wien oder das Literaturarchiv der Nationalbibliothek (für das er vor kurzem den Vorlass von Peter Handke an Land ziehen konnte) haben von seinem Wissen und seinem Enthusiasmus gelebt, auch die Literaturvermittlung in Rundfunk und Fernsehen ist ohne ihn noch nicht vorstellbar. Ich erinnere mich noch an das erste Gespräch mit ihm, wo er erstaunt war, dass mein wichtigster Lehrer an der Salzburger Germanistik, Walter Weiß, emeritierte: „Als wir studiert haben, gehörte er zu den Jungen, und jetzt ist er in Pension.“ Als ich studiert habe, gehörte Schmidt-Dengler zu den Jungen. Und seine Pension hat er nicht einmal erlebt. Eine Operation und eine Lungenembolie waren das unfassbare Ende. Doch was er gedacht, gelebt und geschrieben hat, wird noch lange an kein Ende kommen.

■ Nach dem Zusammensein mit ihm hatte man das Gefühl, mehr wert zu sein.

Messiaen als Klangredner

■ PETER PAUL KASPAR

„Die religiöse Musik entdeckt Gott zu aller Zeit und überall, auf unserem Erdenplaneten, in unseren Gebirgen, Ozeanen, in der Mitte von Vögeln, Blumen, Bäumen, Pflanzen und auch in dem unsichtbaren Universum der Sterne, die uns umgeben; aber die Musik der Farben macht das, was die Glasfenster und Rosetten des Mittelalters tun ... und bringt uns dahin, dass wir unsere Begriffe hinter uns lassen, um dort anzukommen, wo, höher als Vernunft und Intuition, der Glaube ist.“

(Olivier Messiaen, 1909–1992)

Wenn man nach besonders dichten Spuren des christlichen Glaubens in der Musik des Abendlandes sucht, gibt es zwei ganz Große: Johann Sebastian Bach und Olivier Messiaen. Der erste war evangelisch und hat trotz höchster Kunstfertigkeit Eingang in den musikalischen Kanon bekannter und beliebter Musik gefunden. Letzterer katholisch, vor hundert Jahren geboren, hat wohl keine Chance auf Popularität und steht wie ein gewaltiger Monolith in der Musik des 20. Jahrhunderts. Religion und Glaube durchdringen auch seine Klavier- und Kammermusikwerke, seine Orchestermusik – die gewaltigen großen Orgelzyklen ohnehin. Seine einzige Oper handelt von Franz von Assisi, ein großes Oratorium von der Verklärung Christi. Messiaen selbst versah durch sechzig Jahre den Dienst eines Organisten an der Pariser Kirche Sainte-Trinité.

Vergeblich sucht man seine Messen, Proprien, Kantaten oder Motetten, eine Passion oder ein Te Deum: Seine einzige Messe ließ er unveröffentlicht, eine einzige schlichte Motette („O sacrum convivium“, 1937) hat Eingang in das Repertoire ambitionierter Kirchenmusik gefunden. Und nur sein allererstes Orgelstück („Le Banquet céleste“, 1928) dürfte heute liturgietauglich sein. Es mag auch der aufführungspraktische Anspruch seiner Kompositionen die Anwendung auf liturgische

Gebrauchsmusik verhindert haben. Seine ganz eigene Tonsprache, also seine authentischen Klangrede, fand zeit lebens vor allem in der liturgischen Improvisation ihren Ausdruck – und gelangte auf diesem Weg in die festgeschriebenen Kompositionen. Um seinen sechzigjährigen Orgeldienst verstehen zu können, muss man wissen, welche Aufgaben der sogenannte „Titularorganist“ an den großen Orgeln der Pariser Hauptkirchen hatte:

Ungeachtet der Begleitung des Chores oder der Gemeinde hatte im sonntäglichen Hauptgottesdienst der Titularorganist die festlichen Improvisationen an den Rändern des Gottesdienstes oder im Überbrücken längerer Handlungen zu spielen. Diese Sätze ergeben eine bemerkenswerte Form als fünfsätzig Suite mit festlichen Ecksätzen und einem ekstatischen Stillstand in der Mitte. Hier ist der Ort der Inspiration für viele Kompositionen des spirituellen Musikers Messiaen.

Den Orgeldienst verstand Messiaen nicht als bloßes Ornament oder als Pausenfüller, sondern als spirituelle Klangrede, als Gebet, Meditation oder Predigt in der „anderen Sprache“ der Liturgie. So fügte sich seine Musik in das Zusammenspiel von Liturgie, Sprache, Bild und Architektur. Hier wird die Musik zu weit mehr als bloß „Bühnenmusik für die liturgische Bühne“ – sie wird selbst Liturgie. Seine musikalische Sprache ist keineswegs gefällig oder unterhaltsam – wie es ja auch eine gute Predigt, ein Bibeltext oder ein gelungenes Gebet nicht sind. (Man mag gar nicht an die routiniert abgehaltenen Sonntagsmessen der gestressten Mehrfachzelebrenten und ihrer schwindenden und überalterten Gemeinden in der nunmehr gestrafften und runderneuten Liturgie denken ...) Die Orgel Improvisationen sind verklungen, die Kompositionen bleiben als spirituelles Geschenk an eine in atemloser Betriebsamkeit häufig ratlose Kirche.